

POSITIONSPAPIER SP SCHWEIZ

Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen.

Schlussdokumentation

(mit allen eingegangenen Anträgen aus Frist 2 und den Empfehlungen der GL vom 25.11.16)



Liebe Genossinnen und Genossen

Wer erinnert sich nicht an den Parteitag in Lausanne 2010. An die Debatte über das Parteiprogramm, an die Auseinandersetzungen über die Probleme der heutigen kapitalistischen Wirtschaft und unsere Vorstellungen einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsdemokratie. Warum widmen wir uns jetzt wieder diesem Thema?

Zunächst aus einem einfachen wie wichtigen Grund: **Es ist dringend nötig.** Wer einen realistischen Blick auf die Welt im Jahr 2016 wirft, muss zum Schluss kommen, dass der Kapitalismus mehr Probleme schafft, als er zu lösen in der Lage ist. Wenn, wie heute, Profitstreben und Gewinnmaximierung die zentralen Eckpfeiler unserer Wirtschaftsweise sind, dann schafft das Probleme. Zum Beispiel Ungleichheit. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich seit Jahren. Auch in der Schweiz. Die Reichen werden reicher – vor allem durch den Bezug leistungsloser Einkommen wie Erbschaften, steuerfreien Kapitalgewinnen oder überrissener Boni. Demgegenüber gerät der Mittelstand zunehmend unter Druck und die Lage der Armen wird immer prekärer. Mittlerweile reichen gewisse Arbeitseinkommen nicht einmal mehr, um den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Zweites Beispiel Klimawandel. Der Zwang zur Rendite und Verwertung führt nicht nur zu sozialen Verwerfungen und Konflikten, er treibt gleichzeitig auch das klimaschädliche Produktions- und Konsumverhalten an, das ausgedörrte und unfruchtbar gewordene Landstriche zur Folge hat und Tausende, ja Millionen von Menschen in die Flucht treibt.

Wenn wir dafür sorgen wollen, dass soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Gleichheit eines Tages Realität werden, und zwar überall auf der Welt, dann funktioniert das nicht auf dem Weg, den das heute dominierende Wirtschaftsmodell eingeschlagen hat. Wir müssen bremsen und umsteuern. Wir müssen andere Wege suchen, die nachhaltiger und intelligenter sind. Wir müssen darüber nachdenken, wie unsere Wirtschaft und Gesellschaft besser, wie sie demokratisch, ökologisch und solidarisch funktionieren können. Und wir müssen Alternativen aufbauen, sie stärken und ihnen zum Durchbruch verhelfen.

Weshalb brauchen wir eine Alternative zum Kapitalismus? Man kann die Beantwortung der Frage auch anders angehen, und die bürgerlichen MarktanhängerInnen werden es nicht gerne hören: Aber Kapitalismus ist heute das Gegenteil einer Marktwirtschaft, einer sozialen Marktwirtschaft sowieso. Das kurzfristige und kurzsichtige Renditedenken verhindert Qualität und Innovation. Digitalisierung unter kapitalistischen Bedingungen führt zu Arbeitslosigkeit und zu einer rasanten Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Im Bildungs- oder Gesundheitsbereich werden vermehrt Profite über menschliche Grundbedürfnisse gesetzt. Statt Vielfalt und Ideenwettbewerb sehen wir Grossunternehmen, die mit allen Mitteln zum Monopol drängen – gerade in den Märkten der Zukunft, in der Internetbranche – und ihre Macht erfolgreich dazu nutzen, auf die demokratische Politik Einfluss zu nehmen. Um das zu ändern, um eine Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Menschen statt des Kapitals zu ermöglichen, braucht es mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung und Beteiligung.

Der zweite Grund, weshalb wir uns dem Thema widmen, ist der folgende: **Es passiert bereits.** Ich begegne immer wieder Menschen, die Initiativen starten, gemeinschaftliche Projekte lancieren, oder ich lerne Unternehmerinnen und Unternehmer kennen, die sich der Gemeinwohlökonomie und der Economie Sociale et Solidaire verschrieben haben. Vielfach machen sie keine grosse Sache daraus; das passiert eher im Kleinen und Stillen.

Genossenschaften, die erneuerbare Energien produzieren und verkaufen. Vereine, die auf Basis der Vertragslandwirtschaft Menschen in der Stadt mit biologischen und saisonalen Produkten versorgen. Eine Schreinerei, die ihren Mitarbeitenden umfassende Mitwirkungsrechte zugesteht. Vielfältige Auto- und Velo-Sharing-Projekte, die ihren Beitrag zu umweltfreundlicher Mobilität leisten. Aber auch grössere Unternehmen in der Raum- und Verkehrsplanung oder im Medienbereich, die sich bewusst demokratisch organisiert haben. Und nicht zu vergessen unser Service public, der in seiner Logik einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft entspricht, teilweise aber auch wieder stärker darauf ausgerichtet werden sollte. Sprich: Es geht um ganz unterschiedliche Projekte und Unternehmen, die eines gemeinsam haben. Sie widersetzen sich den Regeln der kapitalistischen Wirtschaft, die uns immer wieder als einzig mögliche Wirtschaft verkauft wird. Sie orientieren sich an Werten wie Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität und Nachhaltigkeit und nicht am Prinzip der Gewinnmaximierung. Die Bedingungen in der Schweiz sind dafür nicht gut. Sie machen es trotzdem. Und sie haben Erfolg.

Solche Entwicklungen sind nicht neu, aber sie werden immer wichtiger. In der Schweiz, in Europa, weltweit. Wir werden dazu beitragen, diese demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaftsweisen zu fördern, damit ihnen der Durchbruch gelingt und sie zum Normalfall werden. Es freut mich deshalb, dass sich die SP Schweiz bereits vor zwei Jahren dank der *Arbeitsgruppe Wirtschaftsdemokratie* mit Tagungen, Bildungsveranstaltungen und viel Denkarbeit dem Thema angenommen hat. Einen wichtigen Schritt weiter wollen wir am Parteitag gehen mit der Behandlung des vorliegenden Papiers. Die vielzitierte Überwindung des Kapitalismus wird damit konkret.

Ich wurde darauf angesprochen, warum die internationale Dimension, z.B. der Umgang mit Freihandelsverträgen, im Papier nicht ausführlich behandelt werde. Auch andere wichtige Themen wie die Geld-, Arbeitsmarkt-, Finanz- oder Steuerpolitik würden zu kurz kommen. Zwei Antworten darauf: Wir haben nicht den Anspruch, mit dem vorliegenden Papier die gesamte Wirtschaftspolitik der SP Schweiz neu zu schreiben. Diese Arbeit steht uns mit der Aktualisierung des 2006 verabschiedeten Wirtschaftskonzepts erst bevor. Zudem verweise ich für diese Themen auf bereits geleistete Arbeiten wie das Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit und das Positionspapier zur Zukunft der Finanzmärkte.

Zum anderen wollen wir ein neues wirtschaftspolitisches Aktionsfeld eröffnen. Das Positionspapier fokussiert bewusst auf Bereiche, die in den letzten Jahren eher vernachlässigt blieben, die für die Zukunft sozialdemokratischer Politik aber wichtig sind. Neben dem Einsatz für internationale Regulierungen oder der steuerlichen Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, müssen wir hier in der Schweiz wirtschaftliche Strukturen und Unternehmen fördern, die sich nicht primär an der Profitlogik orientieren. Damit tragen wir dazu bei, dass die sozialen und ökologischen Zerwürfnisse, mit denen wir uns heute weltweit konfrontiert sehen, nicht mehr in einem solchen Ausmass entstehen. Auch auf diese Weise müssen wir unsere globale Verantwortung wahrnehmen.

Damit bin ich beim dritten Grund gelandet, weshalb wir dem Parteitag das Papier vorlegen: **Weil wir es können.** Die Sozialdemokratie war schon immer die Partei, die nicht nur parlamentarische Tagespolitik gemacht hat, sondern sich auch mit Themen auseinandersetzt, die darüber hinausgehen. Die Visionen entwickelt für ein besseres und gerechteres Zusammenleben. Das leistet das vorliegende Positionspapier und übersetzt heisst das auch:

Wirtschaftsdemokratie ist keine Revolution. Sie passiert bereits, sie besteht aus vielen kleinen und grossen, kreativen und intelligenten Schritten in eine bessere Richtung. In Richtung einer Wirtschaft für alle statt für wenige.

Ich freue mich auf die Debatte am Parteitag vom Dezember und wünsche euch viel Vergnügen beim Lesen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Levrat', with a stylized, flowing script.

Christian Levrat

Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit:

<http://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/steuergerechtigkeit.pdf>

Positionspapier Zukunft der Finanzmärkte:

http://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/zukunft_der_finanzmaerkte_2009.pdf

Vorgehensweise zur Behandlung der eingegangenen Anträge:

Aufgrund der zahlreich eingegangenen Anträge findet die Debatte in thematischen Blöcken statt. Zu Beginn jedes Blocks können die Antragsstellenden ihre Anträge (sofern gewünscht) einzeln begründen. Nach der allgemeinen Diskussion und der Stellungnahme der Geschäftsleitung folgt eine gebündelte Abstimmung über die einzelnen Anträge jedes Blocks:

A-1	Eintretensdebatte
A-2 bis A-7	Einleitung
A-8 bis A-13	Mitbestimmung
A-14 bis A-18	Arbeitsbedingungen
A-19 bis A-22	Service Public / Pensionskasse
A-23 bis A-27	Banken / Unternehmensformen / Zukunftsfonds
A-28 bis A-32	Neue Ziffern / Bildung

Gemäss der allgemeinen Geschäftsordnung des Parteitags (Artikel 4) beträgt die Redezeit 3 Minuten. Die/der Vorsitzende kann Redezeitverlängerungen gewähren. Auf Antrag aus der Mitte der Versammlung hat die/der Vorsitzende über die Verlängerung das Plenum entscheiden zu lassen.

Positionspapier der SP Schweiz

Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen.

A-1; Pascale Bruderer (Baden): Rückweisungsantrag

Unterstützt von: Regine Aeppli (Zürich), Islam Alijaj (Zürich), Evi Allemann (Bern), Christoph Ammann (Meiringen), Hartmut Attenhofer (Zürich), Yves Noël Balmer (Herisau), Yvonne Beutler (Winterthur), Janos Blum (Zürich), Simona Brizzi (Ennetbaden), Renate Büchi (Richterswil), Regula Dell'Anno (Baden), Max Eugster (Herisau), Yvonne Feri (Wettingen), Thomas Forster (Herisau), Claudine Gautschi-Andris (Magden), Pius Graf (Ennetbaden), Priska Grütter (Langenthal), Tim Guldimann (Zürich), Claude Janiak (Binningen), Daniel Jositsch (Stäfa), Erwin Jutzet (Fribourg), Leo Keller (Aarau), Jürg Knuchel (Aarau), Daniel Kobell (Basel), Jeanne Konzack (Ennetbaden), Beat Landolt (Gais), Davide Loss (Adliswil), Patrick Mägli (Liestal), Matthias Manz (Aarau), Daniel Mosimann (Lenzburg), Nicola Müller (Aarau), Reto Müller (Langenthal); Regula Nebiker Toebak (Liestal), Maria Paz Olave (Ennetbaden), Arsène Perroud (Wohlen AG), Marcel Rupp (Baden), Katrin Scholl (Lenzburg), Andreas Rickenbacher (Jens), Alain Sangines (Zürich), Eva Schaffner (Aarau), Felix Senn (Maur), Verena Senn (Maur), Moritz Spillmann (Ottenbach), Rolf Steiner (Dietikon), Hans Stöckli (Biel), Diego Stoll (Liestal), Hermann Stritmatter (Zollikon), Charles Suter (Tägerig), Kaspar Sutter (Basel), Jolanda Urech (Aarau), Nicola von Greyerz (Bern), Martin Waser (Zürich), Claudia Wyssen (Uster).

Antrag: *Das Positionspapier wird an die Parteileitung zurückgewiesen mit dem Auftrag, es so zu überarbeiten, dass es mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft übereinstimmt sowie die Chancen und Herausforderungen der digitalen Gesellschaft aufzeigt.*

Begründung: *Die SP ist eine Partei, in welcher vielfältige Meinungen Platz haben und im offenen Dialog ausgetauscht werden. Wir erachten diese Breite, die sich auch in unserer Wählerschaft widerspiegelt, als Stärke unserer Partei. Es lohnt sich, diese Vielfalt nach innen zu leben und nach aussen sichtbar zu machen.*

- *Ein Teil der SP-Parteimitglieder, zu dem wir uns zählen, befürwortet aus Überzeugung das Konzept der **sozialen Marktwirtschaft**. Wir engagieren uns für eine nachhaltig starke Wirtschaft und verstehen diese als Basis sicherer Arbeitsplätze und sozialer Wohlfahrt. Den Markt sehen wir als wirksames Instrument für eine effiziente und innovative Wirtschaftsordnung. Die wettbewerbliche Ausrichtung der Wirtschaft ist in der Regel besser in der Lage als die staatliche Planung, Antworten auf Bedürfnisse der Menschen zu finden sowie Kreativität und Innovation zu fördern. Eine Ausnahme bildet die Grundversorgung der Bevölkerung mit Infrastrukturen: Hier haben sich staatliche Monopole als leistungsfähig und zweckmässig erwiesen. Bei Marktversagen muss die Politik eingreifen. Für Interessen und Anliegen, die der Markt nicht zu schützen vermag, braucht es staatliche Vorgaben und Regeln (z.B. zugunsten der Umwelt, Medienvielfalt, Konsumentinnen und Konsumenten, Arbeitnehmenden, künftigen Generationen).*

Dass die Wirtschaft eine gesellschaftliche und der Nachhaltigkeit verpflichtete Verantwortung wahrzunehmen hat, wird im Konzept der sozialen Marktwirtschaft abgebildet. Wir erachten es als Aufgabe der SP, auf Basis dieses Konzepts soziale, ökologische und menschenrechtliche Akzente zu setzen und diesen

zum Durchbruch zu verhelfen. Das von der Parteileitung unterbreitete wirtschaftspolitische Positionspapier, welches die Idee einer Wirtschaftsdemokratie propagiert, ist demgegenüber von einem dirigistischen Konzept geprägt, wie es namentlich in den Punkten 4, 15, 16, 17 und 19 entwickelt wird. Dieses Konzept ist so weit entfernt von der wirtschaftlichen Realität, dass es nicht in der Lage ist, den Wählerinnen und Wählern relevante Antworten auf fragwürdige Entwicklungen anzubieten. Eine wie auch immer geartete Förderung einer "solidarischen Wirtschaft" betrifft die fünf Millionen Erwerbstätigen in der hoch entwickelten, globalisierten Wirtschaft der Schweiz heute und morgen und übermorgen nur marginal. Dass man sich der Pensionskassengelder bedienen und damit die Renten der Arbeitnehmenden aufs Spiel setzen will, um die Vorstellung einer gelenkten Wirtschaft umsetzen zu können, kann man nicht anders als fatal bezeichnen. Das dem Parteitag vorgelegte Papier entfernt sich unseres Erachtens zu weit weg von der Idee einer sozialen Marktwirtschaft und damit von unseren Überzeugungen.

- Ein Positionspapier zur Wirtschaftspolitik der Zukunft muss sich ausführlicher mit den **Chancen und Herausforderungen der digitalen Gesellschaft** auseinandersetzen. Davon, dass die Digitalisierung zu einer grundlegenden Veränderung des Arbeitsmarkts im Allgemeinen sowie der individuellen Beschäftigungssituationen im Speziellen führen wird, ist im Positionspapier enttäuschend wenig zu lesen. Ein sozialdemokratisches Zukunftspapier darf solch fundamentale Entwicklungen und deren konkrete Auswirkungen auf die soziale Sicherheit der Menschen nicht ausblenden. Ansonsten werden wir den historischen Errungenschaften von SP und Gewerkschaften nicht gerecht, die im Papier zu Recht gewürdigt werden.

Die Rückweisung ermöglicht eine Überarbeitung des Positionspapiers, damit dieses mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft in Übereinstimmung gebracht wird sowie die Chancen und Herausforderungen der digitalen Gesellschaft aus sozialdemokratischer Sicht aufzuzeigen vermag.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Das Positionspapier ist eine Fortführung und teilweise Weiterentwicklung des mit dem aktuellen SP-Parteiprogramm vorgegebenen Weges. Gemäss unserem Parteiprogramm, das für uns eine Art Verfassung darstellt, setzt sich die SP für eine „sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“ ein, nicht für das Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“. Dies ändert freilich nichts daran, dass die SP eine vielfältige Partei ist und sein soll.

Die Stossrichtung des Positionspapiers hat jedoch nichts mit einer etatistisch-autoritären Wirtschaftspolitik zu tun, von der man sich historisch mit dem Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ abgrenzen wollte. Im Gegenteil kommt im Papier der unternehmerischen Initiative von unten, der individuellen Verantwortung oder dem sinnvollen Zusammenspiel von „Staat“ und „Markt“ eine wesentliche Bedeutung zu. Ein dirigistischer Ansatz wird nicht erkannt.

Allerdings nimmt das Papier ganz klar und bewusst Abstand von der dominierenden Art und Weise, wie heute gewirtschaftet wird. Und dies aus guten Gründen. Die heutige Wirtschaft ist weder demokratisch, noch ökologisch, noch solidarisch. Nicht in Bezug auf die Schweiz, noch viel weniger in einem globalen Kontext. Das Papier zeigt einige (nicht alle!) Möglichkeiten auf, diese Situation zu

verändern. Und es tut dies durchaus im Bewusstsein, dass die aus Gerechtigkeits-, Solidaritäts- und Nachhaltigkeitsgründen angezeigten Veränderungen nicht alle einfach im Wohlfühlmodus (Win-Win-Lösungen) erreicht werden können.

Gleichzeitig werden aber auch konkrete Möglichkeiten für VertreterInnen kommunaler und kantonaler Exekutiven aufgezeigt, in ihrem politischen Einflussbereich zivilgesellschaftliche resp. unternehmerische Initiativen zu unterstützen und damit einen praktischen Beitrag an den Einsatz der Partei für eine „sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“ zu leisten.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt resp. der Wirtschaft ist tatsächlich eine äusserst relevante Entwicklung. Im Papier wird in der Einleitung darauf eingegangen, Punkt 20 nimmt die Thematik ebenfalls auf. Hinzu kommt, dass die SP Ende 2015 ein Internetpapier verabschiedet hat, das auch wirtschaftspolitische Fragen aufnimmt. Zudem ist ein Update des umfassenden SP-Wirtschaftskonzepts geplant, in dem die Digitalisierung auf jeden Fall ausführlicher behandelt werden wird.

Noch wichtiger ist aber, dass die Forderungen des vorliegenden Positionspapiers, auch wenn die Digitalisierung als solche dabei nicht im Vordergrund steht, für eine digitale Wirtschaft im sozialdemokratischen Sinne von zentraler Bedeutung sind. Eine demokratische Wirtschaft, in denen die Politik Rahmenbedingungen im Sinne des Gemeinwohls setzt und die Mitarbeitenden in den Unternehmen mitbestimmen, ist die Voraussetzung dafür, dass die Digitalisierung wirklich zu einer Chance für die Menschheit wird.

I. Ausgangslage und Einleitung

Dem entfesselten Kapitalismus entgegenwirken – Sozialdemokratische Errungenschaften verteidigen

Die Sozialdemokratie war die treibende Kraft bei der Schaffung des ausgleichenden Sozialstaats, der für die Befreiung von existenziellen Sorgen und für soziale Gerechtigkeit sorgen soll. Wir haben zusammen mit den Gewerkschaften die Rechte der Lohnabhängigen erstritten. Wir haben den Service public aufgebaut und uns erfolgreich für den schrittweisen Ausbau der Demokratie eingesetzt. Diese Zähmung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert hat das Leben von Millionen von Menschen weltweit verbessert und ist die historische Leistung der Sozialdemokratie. Bereits seit einiger Zeit erleben wir aber dessen erneute Entfesselung. Dadurch werden unsere Errungenschaften gefährdet. Einen besonders deutlichen und folgenreichen Ausdruck finden die – oft unter dem Etikett „neoliberal“ zusammengefassten – Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte in der zunehmenden Ungleichheit. Ebenfalls in der Schweiz, wo zwei Prozent der Bevölkerung gleich viel Vermögen besitzen wie die anderen 98 Prozent zusammen, und dementsprechend auch Macht, Gestaltungsmöglichkeiten und Freiheit sehr ungleich verteilt sind. Es sind der immense Reichtum und Einfluss der Wenigen, die nachhaltige Veränderungen der Wirtschaft und unserer Gesellschaft im Interesse von uns allen verunmöglichen. Es ist die krasse Ungleichheit, die reaktionären und fremdenfeindlichen Kräften weltweit als Nährboden dient und zu einer ernsthaften Bedrohung für unsere Freiheit geworden ist.

Die Sozialdemokratie hat Antworten auf diese Herausforderungen: Dem internationalen Standortwettbewerb zulasten sozialer Errungenschaften und minimaler Umweltstandards muss mit international koordinierten Lösungen sowie innovativen Ansätzen begegnet werden. Wir brauchen eine Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, griffige Regulierungen der Finanzmärkte und öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft. Also das Gegenteil dessen, was die AusteritätspredigerInnen europaweit verkünden und die rechten Mehrheiten auf allen Ebenen mit ihren jährlichen Abbauprogrammen, Privatisierungen und Steuersenkungen für Reiche und (Gross-)Unternehmen durchzusetzen versuchen. Wir müssen den Sozialstaat und den Service public verteidigen und den Wirkungsbereich demokratischer Politik gegenüber den nationalen wie globalen Kapitalinteressen wieder ausweiten. Bei alledem bewegen wir uns auf mehr oder weniger bekanntem, sozialdemokratischem Terrain. Ein grosser Teil der in den nächsten Jahren anstehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen wird in diesem Rahmen stattfinden. Wir dürfen unser Engagement und unsere Politik – inner- und ausserhalb des Parlaments – aber nicht darauf beschränken. Denn wir merken auch, dass die bisherige Politik bei vielen der heutigen Herausforderungen nicht wirklich weiter kommt. Nicht nur bei ökonomischen und sozialen Fragen, sondern vor allem auch mit Blick auf die lebensbedrohenden Umweltprobleme, mit denen sich die Menschheit heute konfrontiert sieht.

*A-2; Adil Koller, Ronja Jansen, Nils Jocher, Jonas Eggmann, Ruedi Brassel:
Ergänzung des 2. Absatzes*

Die Sozialdemokratie hat Antworten auf diese Herausforderungen: Dem internationalen Standortwettbewerb zulasten sozialer Errungenschaften und minimaler Umweltstandards muss mit international koordinierten Lösungen sowie innovativen Ansätzen begegnet werden. Wir brauchen eine Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, griffige Regulierungen der Finanzmärkte und öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft. Also das Gegenteil dessen, was die AusteritätspredigerInnen europaweit verkünden und die rechten Mehrheiten auf allen Ebenen mit ihren jährlichen Abbauprogrammen, Privatisierungen und Steuersenkungen für Reiche und (Gross-)Unternehmen durchzusetzen versuchen. Wir müssen den Sozialstaat und den Service public verteidigen und den Wirkungsbereich demokratischer Politik gegenüber den nationalen wie globalen Kapitalinteressen wieder ausweiten. Deshalb wehren wir uns gegen internationale Freihandelsabkommen, die einzig die Interessen multinationaler Konzerne stützen und weder dem solidarischen Zusammenleben der Völker noch der demokratischen Kontrolle der Wirtschaftsmacht dienen. Bei alledem bewegen wir uns auf mehr oder weniger bekanntem, sozialdemokratischem Terrain. Ein grosser Teil der in den nächsten Jahren anstehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen wird in diesem Rahmen stattfinden. Wir dürfen unser Engagement und unsere Politik – inner- und ausserhalb des Parlaments – aber nicht darauf beschränken. Denn wir merken auch, dass die bisherige Politik bei vielen der heutigen Herausforderungen nicht wirklich weiter kommt. Nicht nur bei ökonomischen und sozialen Fragen, sondern vor allem auch mit Blick auf die lebensbedrohenden Umweltprobleme, mit denen sich die Menschheit heute konfrontiert sieht.

***Begründung:** Es trifft zu, dass im Positionspapier zur Wirtschaftsdemokratie nicht die Ebene der internationalen Entwicklung im Vordergrund steht und schon gar nicht umfassend berücksichtigt werden kann. Trotzdem ist es wichtig, die*

Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auch in dieser Dimension anzudeuten und wenigstens in einleitenden Abschnitt darauf hinzuweisen. Umso mehr als dass diese Entwicklungen den Absichten und Bemühungen um eine Demokratisierung der Wirtschaft extrem zuwider laufen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

A-3; Carlo Lepori, SP60+ : Neuer Absatz am Ende vom Kapitel «Dem entfesselten Kapitalismus entgegentreten...»

Eine progressive Wirtschaftspolitik, wie sie in den folgenden Leitlinien und Handlungsfeldern und Massnahmen beschrieben wird, soll selbstverständlich kein Selbstzweck werden. Es ist wichtig, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich viele Initiativen von unten entwickeln können. Die Rolle der sozialdemokratischen BürgerInnen besteht aber auch darin, in all diesen Aktivitäten unsere sozialen und ökologischen Werte zu verteidigen und weiter zu realisieren: Eine solidarische Gesellschaft, wo junge und ältere ihr Leben auch dank genügendem Einkommen frei gestalten können, wo Frauen gleichbehandelt werden und keine Diskriminierung nach Geschlecht, Genderausrichtung, Meinung und Ursprung toleriert wird. Solidarisch auch auf internationaler Ebene mit besonderer Berücksichtigung der Migrationsprobleme. Für eine nachhaltige Welt, wo die Grundlagen unsers Lebens auch für die zukünftigen Generationen gewährt bleiben.

Begründung: *Die Behandlung der wirtschaftlichen Aspekte riskiert einen einseitigen Blick zu fördern. Es ist wichtig, auch in einer demokratisierten Wirtschaft die Zielen der Sozialdemokratie aufrecht zu halten. Es wurde uns versichert, dass das Thema in der endgültigen Fassung in einer Einleitung Platz finden könnte, die die Einführung von Präsidenten Levrat ersetzen wird. Weil der Text dieser zukünftigen Einleitung nicht bekannt ist, halten wir an unseren Antrag fest.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Es ist ein Grundanliegen der im Papier aufgeführten Massnahmen, die Wirtschaft zurück in die Gesellschaft zu holen, sie nicht als „Selbstzweck“ zu behandeln. Dieses Anliegen ist im Papier auch bereits an verschiedensten Stellen berücksichtigt und es soll in der kurzen Einführung des Präsidenten, die nach dem Parteitag für die finale Fassung erstellt wird, nochmals aufgenommen werden. Weil es sich gleichwohl um ein wirtschaftspolitisches Papier handelt, wird der entsprechende Fokus aber auch als sinnvoll erachtet. Mit der vorgeschlagenen Ergänzung würde zudem die im Kapitel „Ausgangslage und Einleitung“ angestrebte Argumentation unnötigerweise unterbrochen.

Die Probleme an der Wurzel packen – Leitlinien einer progressiven Wirtschaftspolitik

Wir stehen vor vielfältigen und miteinander verbundenen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen, die einen tiefgreifenden Wandel nötig machen. Heute sind die fortschrittlichen und verantwortungsbewussten Kräfte weltweit gefordert, an einem Pfadwechsel hin zu einem neuen, tatsächlich nachhaltigen Entwicklungsmodell mitzuwirken. **Ganz wesentlich dabei ist ein anderer Zugang zu, und ein anderes Verständnis von Wirtschaft.** Es gilt die vorherrschende Wirtschaftslogik und die ihr zugrunde liegenden Machtverhältnisse zu verändern. Das Ziel ist es, die von einer

kapitalistischen Wirtschaft systematisch produzierten Ungleichheiten und Zerstörungen von Beginn weg zu verhindern, statt sie im Nachhinein bestmöglich zu reparieren.

Gefragt ist eine Politik, die die Probleme an der Wurzel packt und gleichzeitig Möglichkeiten zu substantiellen Verbesserungen im bestehenden Rahmen nutzt. **Im Kern geht es darum, die Verteilungsfrage auszuweiten. Neben der steuerlichen Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Nachhinein braucht es eine gerechtere Verteilung wirtschaftlicher (Entscheidungs-)Macht. Indem Betroffene zu Mitbestimmenden gemacht werden, wirkt man der Entstehung ungerechtfertigter und schädlicher Ungleichheiten entgegen.** Wir wollen nicht nur die Vorherrschaft der Politik gegenüber dem Markt durchsetzen, sondern fordern eine Demokratisierung von Unternehmen, insbesondere von Grossunternehmen. Mit der Demokratisierung der Wirtschaft beginnen wir heute selbstredend nicht bei null. Die gewerkschaftliche Organisation und Gesamtarbeitsverträge sind ein Fundament, auf das eine demokratische Wirtschaft aufbauen kann, über das sie längerfristig aber auch hinausgehen soll. Wir wollen Unternehmen, die das Gemeinwohl statt die Profitmaximierung im Blick haben und zu entsprechenden Entscheiden gelangen – eben weil die Betroffenen mitbestimmen.

A-4; Dominik Fitze, SP Bern Holligen: Ergänzungsantrag im zweitem Absatz

***Forderung:** Gefragt ist eine Politik, die die Probleme an der Wurzel packt und gleichzeitig Möglichkeiten zu substantiellen Verbesserungen im bestehenden Rahmen nutzt. Im Kern geht es darum, in einer zunehmend postnationalen und ungleichen Welt, die Verteilungsfrage auszuweiten. Dies würde jedoch auch erfordern, dass die Erhaltung unserer Wirtschaft und des nationalen Wohlfahrtsstaats nicht einfach im Sinne lokaler Umverteilung globaler Gewinne fungiert. Neben der steuerlichen ...*

***Begründung:** Die nationale Fokussierung ist migrationspolitisch sehr ungünstig, da der historische und globale Kontext des Kapitalismus wegfällt. Das Resultat ist eine linke Strategie, die den nationalen Wohlfahrtsstaat verteidigt, wie das in der Einleitung betont wird. Doch dadurch wird die strukturelle Gewalt und Ungleichheit im globalen Kapitalismus ausgeblendet, die die gegenwärtige Migration antreibt und wiederum den nationalen Wohlfahrtsstaat mitfinanziert. Die Erhaltung des nationalen Wohlfahrtsstaates im Sinne lokaler Umverteilung globaler Gewinne erscheint demnach auch als nationale Strategie im globalen Kapitalismus, um Wohlstand zu sichern - für mehr Menschen und für eine gerechtere Verteilung in der Schweiz.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Es ist ein Kernargument des vorgelegten Papiers, dass die klassische Verteilungspolitik im Sinne steuerlicher Rückverteilung auszuweiten resp. um den Aspekt der gerechten Verteilung wirtschaftlicher (Entscheidungs-)Macht zu ergänzen sei. Mit dem Antrag wird ein zusätzliches, gleichzeitig höchst relevantes und äusserst komplexes, Themenfeld geöffnet: Wie „legitim“ und gerecht sind die nationalen Wohlfahrtsstaaten im globalen Norden, wenn man sie in einen globalen Kontext setzt, wenn man die historischen und heutigen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse auf globaler Ebene in angemessener Weise berücksichtigt? Zur Beantwortung dieser Frage reicht ein Satz aber nicht aus, sie müsste separat und fundiert bearbeitet werden. Dies würde jedoch den Rahmen des vorliegenden Papiers sprengen.

A-5; Lewin Lempert, Beda Baumgartner, Hanna Bay, Kévin Buthey, Gian Luca Bonanomi, Dario Engeloeh, Tamara Funiciello, Anna Graff, Samira Marti, Dario Schaj, Andrea Scheck, Kristina Schüpbach, Muriel Waeger, Juso: Ergänzung mit zusätzlichem Satz

(...) Die gewerkschaftliche Organisation und Gesamtarbeitsverträge sind ein Fundament, auf das eine demokratische Wirtschaft aufbauen kann, über das sie längerfristig aber auch hinausgehen soll. Denn die sogenannte „soziale Marktwirtschaft“, die das kapitalistische Wachstum mit gewerkschaftlichem Schutz und einem starken Sozialstaat zu verbinden versucht, hat es nicht geschafft, eine wachsende soziale Kluft und lebensbedrohliche Umweltprobleme zu verhindern. Wir wollen Unternehmen, die das Gemeinwohl statt die Profitmaximierung im Blick haben und zu entsprechenden Entscheidungen gelangen – eben weil die Betroffenen mitbestimmen. [...]

Begründung: *Es ist wichtig in der Analyse festzuhalten, dass die Gleichung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – der historische Klassenkompromiss zwischen Kapital und Arbeit – nicht mehr existiert. Seit den 1970er Jahren werden Effizienzgewinne in der Privatwirtschaft nicht mehr durch Lohnerhöhungen an die arbeitende Bevölkerung weitergereicht, sondern als Gewinne an Aktionäre und Kapitalgeberinnen ausgezahlt. Die Löhne stagnieren oder sinken real sogar. Diese Entwicklung wird politisch durch Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche und den konstanten Angriffen auf den starken Sozialstaat vorangetrieben und verstärkt. So steigt seit bald fünfzig Jahren die globale Vermögens- und Chancenungleichheit exponentiell an. Insbesondere Umweltprobleme, durch die kapitalistische Produktionsweise verursacht, wurden dabei ausser Acht gelassen. Erst durch die Demokratisierung der Wirtschaft werden wir nachhaltig Krisen, Zerstörungen und Ungleichheiten verhindern können.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Ablehnung: *Der Inhalt des Antrages, der Bruch des historischen Klassenkompromisses, wird im ersten Abschnitt mit anderen Worten thematisiert. Es heisst dort: „Diese Zählung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert hat das Leben von Millionen von Menschen weltweit verbessert und ist die historische Leistung der Sozialdemokratie. Bereits seit einiger Zeit erleben wir aber dessen erneute Entfesselung. Dadurch werden unsere Errungenschaften gefährdet. Einen besonders deutlichen und folgenreichen Ausdruck finden die – oft unter dem Etikett „neoliberal“ zusammengefassten – Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte in der zunehmenden Ungleichheit.“ Ausserdem würde die Ergänzung – unnötigerweise – die im Abschnitt aufgebaute Argumentation einer Ausweitung der Verteilungsfrage auf Entscheidungsmacht unterbrechen und wäre somit der Verständlichkeit abträglich.*

A-6; Markus Brandenberger, SP60+: Neuer Satz am Ende vom zweiten Abschnitt vom Kapitel «Die Probleme an der Wurzel packen...»

In die Verteilungsfrage ist auch die Arbeit mit einzubeziehen. Arbeit muss gerecht und würdig verteilt sein. Jeder Mensch hat das Recht, sich nach seinen Möglichkeiten daran zu beteiligen.

Begründung: *Vor der Frage, wie Profit/Ertrag aus der Arbeit/Wirtschaft verteilt werden und in welchen Formen Mitbestimmung gewährleistet werden, muss klar*

deklariert sein, dass alle Menschen ein Recht auf Zugang zu Arbeit und Erwerb haben.

Das Thema ist auch in der Massnahme 6 «Arbeitszeitverkürzungen» in einem andern Umfeld erwähnt. Es scheint uns aber zwingend, es auch hier einzuführen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Der Inhalt des Antrages wird geteilt. Wir betrachten das Anliegen aber als erfüllt. Es ist, wie der Antragsstellende in der Begründung selbst erwähnt, in Massnahme 6 auch aufgenommen. In der Einleitung soll das Argument herausgearbeitet werden, dass es von zentraler Bedeutung ist, wer in der Wirtschaftssphäre entscheidet. Die Frage der Verteilung von Macht ist dem Ziel von „Guter Arbeit für alle“ quasi vorgelagert. Dieser Aspekt soll in der Einleitung hervorgehoben werden, deshalb braucht es auch eine Fokussierung.

In der Schweiz zeigt sich aktuell im Rahmen der „Frankenkrise“, dass die fehlende Mitbestimmung der Lohnabhängigen ein Problem ist. Darüber, wie die Unternehmen auf den starken Franken reagieren, bestimmt praktisch nur die Kapitalseite. Diese Problematik wird sich zukünftig noch zuspitzen. Unter den heutigen Bedingungen führt der technologische Fortschritt („Vierte industrielle Revolution“) dazu, dass das Kapital gegenüber der Arbeit immer mehr an Bedeutung gewinnt. Das äussert sich im Abbau von Arbeitsplätzen, in Angriffen auf die Arbeitsbedingungen und in der sich öffnenden Lohn- und Vermögensschere. **Damit nicht nur das Kapital, sondern die Menschen vom technologischen Fortschritt und vom Wohlstandsgewinn profitieren, braucht es heute eine Demokratisierung der Wirtschaft.** Nur dann werden die Fragen nach den Zielen von Wirtschaft; nach den Bedingungen, unter denen gearbeitet und gelebt wird; und nach dem Einsatz von Maschinen, Robotern und Algorithmen im Interesse von uns allen beantwortet.

Ein wichtiger Orientierungspunkt einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist die zivilgesellschaftliche Dynamik im Bereich alternativer Wirtschaftsweisen. Sei es aus unmittelbarer materieller Not oder aus wachsendem Überdruß an entfremdeten Arbeitsverhältnissen in Unternehmen, die ebenso skrupellos wie kurzfristig alles der Rendite unterordnen; immer mehr Menschen schliessen sich zusammen und versuchen anders, versuchen demokratisch, ökologisch und solidarisch zu wirtschaften und zu leben. Hervorgehoben werden können etwa die zahlreichen Unternehmen und Menschen, die unter dem Dach der „sozialen“, „solidarischen“ oder eben „Sozialen und Solidarischen Ökonomie“ aktiv sind – im internationalen Kontext zunehmend auch im Zusammenspiel mit der Politik. So ist in Frankreich seit Mitte 2014 ein entsprechendes Fördergesetz in Kraft.¹ Eine weitere erfolgreiche Initiative ist die „Gemeinwohl-Ökonomie“, zu der der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) im September 2015 eine bemerkenswert positive Stellungnahme verabschiedet hat.² Und auch in der Schweiz ist einiges in Bewegung. In den grösseren Städten entstehen zukunftsweisende Wohnsiedlungen. In lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufen werden praktische Erfahrungen mit demokratischen Unternehmen, nicht-kommerziellen Sharing Economy-Ansätzen, Alternativwährungen oder Modellen von Vertragslandwirtschaft gesammelt.

1 Siehe: <http://www.economie.gouv.fr/files/files/PDF/ess-brochure.pdf>

2 Siehe: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015IE2060&from=DE>

Gemeinden, fortschrittliche Unternehmen und „Energie-Prosumer“ (sowohl ProduzentInnen als auch KonsumentInnen von Energie) bauen gemeinsam an der Energieversorgung der Zukunft. KMUs in den unterschiedlichsten Wirtschaftssektoren zeigen Tag für Tag, dass eine Wirtschaft im Dienst der Menschen keine Träumerei, sondern möglich ist. Im Kanton Genf existiert eine alternative Handelskammer (Chambre de l'économie sociale et solidaire, Après-GE), die über 270 Unternehmen und Organisationen unterschiedlicher Grösse vertritt, welche ihrerseits rund 5000 Personen beschäftigen.³ Aus diesen vielfältigen praktischen Erfahrungen lässt sich auch ablesen, wie unsere globalen Wirtschaftsbeziehungen neu zu gestalten wären: mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit als Ausgangs- und Fixpunkte. **Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich solche Initiativen von unten entwickeln, und an Stärke zulegen können.** Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es darüber hinaus, jene Menschen, die sich für eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft einsetzen, zu vernetzen und zu befähigen, um so den politischen Druck für eine andere Wirtschaftsform von unten aufzubauen.

Die nachfolgend beschriebenen Handlungsfelder und Massnahmen fokussieren auf die Schweiz. Indem wir den demokratischen, ökologischen und solidarischen Umbau „unserer Wirtschaft“ vorantreiben, verbessern wir allerdings nicht nur das Leben der Menschen hierzulande. Wir übernehmen damit auch aus einer internationalen Perspektive Verantwortung und leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit auf globaler Ebene.

A-7; Andrea Scheck, Beda Baumgartner, Hanna Bay, Kévin Buthey, Gian Luca Bonanomi, Dario Engeloeh, Tamara Funicello, Anna Graff, Lewin Lempert, Samira Marti, Dario Schai, Kristina Schüpbach, Muriel Waeger, Juso: Ergänzung Kapitel 1 „Ausgangslage und Einleitung“ durch weiteres Unterkapitel „Eigentum demokratisch denken“

Eigentum demokratisch denken

Eigentumsfragen betreffen den Kern jeder Gesellschaftsordnung. Der positive Wert des (Privat-)Eigentums ist in bürgerlichen Gesellschaften wie der unseren eine weitestgehend unhinterfragte Selbstverständlichkeit. Doch wie das bei unhinterfragten Selbstverständlichkeiten oft der Fall ist; viele – kritische – Aspekte werden durch sie verdeckt, Fakten werden verdrängt. Für die SP ist klar, dass individuelles Eigentum bspw. an Konsumgütern für den Alltagsgebrauch eine wesentliche Voraussetzung eines selbstbestimmten Lebens darstellt. Die Garantie individueller Eigentumsrechte ist ein wichtiges Fundament für unsere Freiheit.⁴ Anders sieht es beim Privateigentum an den Produktionsmitteln aus, beim Privateigentum an Boden und natürlichen Ressourcen, an Unternehmen und technischen Infrastrukturen, in denen und mit denen wir alle gemeinsam den gesellschaftlichen Reichtum und die materielle Basis unserer Freiheiten erarbeiten. Privateigentum steht in diesem Fall vor allem – und mit wachsender sozialer Ungleichheit vermehrt – für die Interessen des Kapitals.

3 Après-GE (2015): Panorama de l'économie sociale et solidaire à Genève. Étude statistique 2015. Genf.

4 Tatsächlich ist es heute in erster Linie der neoliberale Kapitalismus, der individuelles Eigentum und Freiheit der grossen Mehrheit der Bevölkerung gefährdet, indem weltweit immer mehr Menschen als „überflüssig“ aus dem System hinausgedrängt und damit, zu Gunsten einer kleinen Gruppe von Profiteuren, ihres individuellen Eigentums und ihrer Freiheiten beraubt werden.

Privateigentum darf kein Freipass für gesellschafts- und naturschädigende Tätigkeit sein. In der bis heute weitgehend demokratiefreien Zone der Privatwirtschaft zeigt sich genau das aber regelmässig. Wir können uns zwar kurzzeitig über Entlassungen, Betriebsschliessungen, Millionenboni usw. empören, ein struktureller Wandel prallt aber immer wieder am vorherrschenden Konzept des Eigentums ab, das nicht nur in unseren Köpfen Wirkung entfacht, sondern v.a. auch tief in unserer rechtsstaatlichen Ordnung verankert ist. Wir brauchen neue Regeln, damit Eigentumsrechte, resp. die daraus abgeleiteten Entscheidungen und Tätigkeiten, nicht weiter eine Gefahr für die Freiheit der grossen Mehrheit der Bevölkerung darstellen können. Soll eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch gelangen, müssen wir damit beginnen, differenzierter über das Verhältnis von (Privat-)Eigentum und Gemeinwohl nachzudenken. Leitschnur dieser Neukonzeption muss das demokratische Grundprinzip sein, wonach Betroffene einbezogen werden und mitentscheiden können. Eigentum demokratisch zu denken bedeutet, das Privateigentum an den Produktionsmitteln zugunsten einer demokratischen und gemeinwohlorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu transformieren.

Das Nachdenken über Eigentumsfragen führt zwangsläufig auch zur Rolle des Staates. In der neoliberalen Erzählung, die auf der bestehenden Eigentumsordnung basiert und sie im Interesse einer kleinen Elite radikal zuspitzt, wird ein Gegensatz zwischen Staat und Markt aufgebaut, der die Rollen klar verteilt: Der Staat ist das Problem, der Markt die Lösung. Tatsache ist, dass die wirtschaftspolitischen Regulierungen ab den 1980er Jahren weltweit – auch in der Schweiz! – primär die Interessen von Grossunternehmen, Finanzmärkten und Superreichen bedienen. Liberalisierungen, Deregulierungen und vor allem Privatisierungen, also die Überführung von öffentlichem in privates Eigentum, machten „den Staat“ in Wirklichkeit nicht zum Feind, sondern in vielen Fällen zum effektiven Instrument der Neoliberalen. Es ist höchste Zeit, das zu ändern. Der demokratische Staat ist dazu da, das allgemeine Interesse, das Gemeinwohl, gegenüber mächtigen Partikularinteressen zu verteidigen und durchzusetzen. Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft entspricht genau diesem allgemeinen Interesse.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Frage des (Privat-)Eigentums ist unbestritten wichtig. In diversen Handlungsfeldern des vorliegenden Papiers geht es implizit, wie eigentlich immer in einem wirtschaftspolitischen Kontext, auch um Eigentumsfragen. Mit dem Papier will die SP jedoch einen ausgewogenen Weg zwischen Realpolitik und Vision gehen. Wir wollen von unserem wirtschaftsdemokratischen Weg weder nach rechts in Richtung des Konzepts der „sozialen Marktwirtschaft“ abweichen, noch wollen wir kaum anschlussfähige Debatten am linken Rand aufnehmen.

II. Handlungsfelder und Massnahmen

Mehr Demokratie – Mitbestimmung und Beteiligung ausbauen

1. **Mitbestimmungsrechte für Mitarbeitende:** Die Schweiz kennt im Unterschied zu den meisten europäischen Ländern keine substanzielle Mitbestimmung der

Mitarbeitenden auf Unternehmensebene. 1976 wurde die Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften abgelehnt. Das einzige Resultat der damaligen Diskussionen ist das Mitwirkungsgesetz von 1993. Es regelt die (fakultative) Mitarbeitendenvertretung in Betrieben mit einer Belegschaft ab 50 Personen, beschränkt sich aber auf dürftige Informations- und bestenfalls Konsultationsrechte. Die gute Arbeit von Personalvertretungen (Pekos) und Gewerkschaften zugunsten der Mitarbeitenden reichen nicht annähernd aus, um die strukturellen Machtungleichgewichte zugunsten des Kapitals auszugleichen. Das möchten wir ändern! Das Mitwirkungsgesetz ist dahingehend zu revidieren, dass ab einer bestimmten Unternehmensgrösse (z.B. ab 30 Beschäftigten) eine Mitarbeitendenvertretung mit Mitbestimmungsrechten in den Leitungsgremien der Unternehmen obligatorisch ist und klare Stufen der Mitwirkung definiert werden (Mitbestimmungs-, Mitsprache- und Informationsrechte). In Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ist mindestens ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates von Seiten der Mitarbeitenden zu besetzen. Eine Verletzung der Mitwirkungsrechte ist mit Sanktionen zu belegen und der Schutz der Vertretungen der Arbeitenden ist auszubauen. Bei vorgeschlagenen Massnahmen der Unternehmensführung, die sich ausschliesslich am Shareholder Value orientieren und auf Kosten der Lohnabhängigen gehen, muss letzteren ein Vetorecht eingeräumt werden. Echte Teilhabe und Mitbestimmung bedingt schliesslich eine Vertretung, die die Vielfalt des Unternehmens oder des Betriebs widerspiegelt. Dazu gehört auch ein konsequenter Einsatz gegen Diskriminierung aufgrund von Alter, Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder anderer Eigenschaften.⁵

A-8; Dominik Fitze, SP Bern Holligen : Umformulierung

Forderung: *In Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sind mindestens 51% der Mitglieder des Verwaltungsrates von Seiten der Mitarbeitenden zu besetzen.*

Begründung: *Die Forderung der GL mit einem Drittel ist für uns zu wenig. Es braucht ein griffiges Instrument, um ein Gleichgewicht der Interessen zu schaffen. Schutz braucht die Arbeit, nicht das Kapital. Mit einer Mehrheitsbeteiligung der Mitarbeitenden in den Entscheidungsgremien wird dem Rechnung getragen. Die Arbeitnehmenden haben ein eminentes Interesse daran, dass das Unternehmen zukunftsgerichtet und nachhaltig geführt wird. Damit sind auch ihre Arbeitsplätze und ihre Existenz gesichert.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die Stossrichtung des Antrages, den Arbeitnehmenden griffige Mitwirkungsrechte in die Hände zu geben, wird unterstützt. Die Frage ist, wie wir am ehesten in diese Richtung weiterkommen. In Sachen Mitbestimmungsrechten kann bis heute Deutschland als Vorreiter und, zumindest was die formalen Rechte anbelangt, auch als Vorbild angesehen werden: Unternehmen, die dem Mitbestimmungsgesetz unterworfen sind, müssen ihre Aufsichtsräte paritätisch besetzen – allerdings kann die Kapitaleseite durch das doppelte Stimmrecht des/der Aufsichtsratsvorsitzenden ihre Interessen im Konfliktfall stets durchsetzen.

5 Der Einsatz für mehr Demokratie am Arbeitsplatz und im Unternehmen ist nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen angezeigt. Das Modell der hierarchisch, von oben nach unten, organisierten Unternehmen macht auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht immer weniger Sinn. In einer zunehmend komplexen und vernetzten Umwelt, müssen Unternehmen rasch und flexibel agieren und reagieren können. Gefragt sind heute Unternehmen mit dezentralen Strukturen und flachen Hierarchien, in denen Autonomie, Mitbestimmung und Vertrauen nicht bloss Schlagwörter sind, sondern Beschäftigte auch tatsächlich als kompetente und gleichberechtigte Organisationsmitglieder eingebunden werden.

In der Schweiz sind wir selbst von solchen Verhältnissen weit entfernt. Die Forderung nach einer ArbeitnehmerInnenmehrheit im Verwaltungsrat ist vor diesem Hintergrund illusorisch. Die Forderung, mindestens einen Drittel des Verwaltungsrates in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten von Seiten der Mitarbeitenden zu besetzen, scheint der GL ein sinnvolles politisches (Zwischen-)Ziel zu sein, für das sich die SP gemeinsam mit den Gewerkschaften im Hier und Heute einsetzen kann. Weitergehenden Forderungen wird damit auch keine grundsätzliche Absage erteilt, vielmehr geht es um ein schrittweises Vorgehen.

A-9; Fabrizio Sirica, PS Locarno: Proposta di aggiunta alla misura 1

I lavoratori devono essere rappresentanti almeno nella misura del 30% negli organi direttivi delle imprese.

Motivazione: *Il diritto di partecipazione dei collaboratori negli organi direttivi delle non può limitarsi ad essere un'enunciazione, ma deve garantire anche una reale presenza dei lavoratori, da qui la proposta di introdurre una quota minima*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Forderung einer „realen“, substanziellen Präsenz der Mitarbeitenden in den Leitungsgremien ist zweifelslos wichtig und wird geteilt. Für Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ist die Forderung auch bereits aufgenommen. Für kleinere Unternehmen erscheint uns eine fixe Quote zum jetzigen Zeitpunkt nicht zwingend, darüber gilt es sich in den weiteren politischen Aushandlungsprozessen zu verständigen.

A-10; Thierry Dagaëff, PSV, délégué section de Cossonay – PSRC: remplacer une partie du texte original

Texte original : *« Pour les mesures proposées de gestion d'entreprise qui sont axées exclusivement sur la shareholder value et qui sont appliquées au détriment des salariés, on doit accorder un droit de veto à ceux-ci. »*

Proposition de remplacer par : *« Il convient d'accorder aux salarié-e-s un droit de veto à l'encontre de toute mesure de gestion de l'entreprise qui a pour but d'accroître la valeur des parts de l'entreprise au bénéfice de leurs détenteurs mais qui a des répercussions négatives directes sur les salarié-e-s ».*

Motifs : *La formulation originale, du moins en français, est alambiquée. L'utilisation du terme de "shareholder value", sans doute correct, nuit à la compréhension du texte. Il n'est pas important que la décision ait pour but « exclusif » d'accroître la valeur de l'action au détriment des salariés ; si c'est un but même secondaire, le résultat peut déjà être injuste et intolérable pour les travailleurs. Par conte, si une mesure a des répercussions indirectes, à terme et en fonction de certaines analyses, la participation et le droit de codécision devraient régler ce cas : le droit de veto doit servir à sauvegarder les travailleurs dans le cas où les implications sont directes, voire sont explicites dans la décision, comme en cas de licenciement, de déménagement forcé, de baisse des salaires, etc.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme als redaktionelle Änderung für die französische Version, deutsche Version wird in der vorliegenden Version belassen.

A-11; Beda Baumgartner, Hanna Bay, Kévin Buthey, Gian Luca Bonanomi, Dario Engeloeh, Tamara Funicello, Anna Graff, Lewin Lempert, Dario Schai, Andrea Scheck, Kristina Schüpbach, Muriel Waeger, Juso: Ergänzung mit zusätzlichem Satz

[...], muss letzteren ein Vetorecht eingeräumt werden. Unternehmen, die Gewinn schreiben, sollen keine Massenentlassungen durchführen dürfen. Ausnahmen unterliegen strengen gesetzlichen Auflagen (z.B. umfassende Umschulungen, Schutz von langjährigen und älteren MitarbeiterInnen etc.) und bedürfen der Zustimmung der MitarbeiterInnen. Echte Teilhabe und Mitbestimmung bedingt schliesslich eine Vertretung, [...]

Begründung: Mitbestimmungsrecht für Arbeiter_innen bedeuten, dass ein Konzern die Arbeiter_innen in den Fokus stellt. Massenentlassungen, die einzig dem Zweck dienen, den Profit für die Aktionär_innen weiter zu steigern, gehören nicht in eine solidarische, demokratische Wirtschaft. In einer demokratischen Wirtschaft sind Arbeiter_innen gleichberechtigte Organisationsmitglieder und nicht einfach Zahlen, die zur Profitmaximierung optimiert und rationalisiert werden können.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

A-12; Arnaud Thiéry, délégué PS Lausanne : remplacer une partie du texte original

Texte original: « Une violation des droits de participation doit être punie de sanctions et la protection des représentations des travailleurs doit être élargie. »

Proposition : Remplacer par : « Une violation des droits de participation doit être punie de sanction et les représentant-e-s des travailleuses-eurs doivent être spécifiquement protégé-e-s, notamment en prévoyant un droit de réintégration en cas de licenciement en lien avec leur activité de représentation. »

Motivation : Amendement partiellement rédactionnel (la protection de la « représentation » n'a pas de sens), et il semble important d'insister sur la nécessité d'interdire les licenciements des représentant-e-s du personnel ou de prévoir un droit de réintégration.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

A-13; Beda Baumgartner, Hanna Bay, Kévin Buthey, Gian Luca Bonanomi, Dario Engeloeh, Tamara Funicello, Anna Graff, Lewin Lempert, Samira Marti, Dario Schai, Andrea Scheck, Kristina Schüpbach, Muriel Waeger, Juso: Ergänzung des Kapitels 2 „Handlungsfelder und Massnahmen: Mehr Demokratie – Mitbestimmung und Beteiligung ausbauen“ um eine Forderung

Unternehmensverfassung: Grossunternehmen haben volkswirtschaftlich eine spezielle Machtposition inne. So verschaffen sie ihren Eigentümerinnen und Eigentümern nicht nur grossen Reichtum, sondern haben individuell auch starken Einfluss auf Wohlstand und Politik von Gesellschaften. Diese besondere Position verlangt auch nach besonderer Verantwortung und demokratischer Legitimation. Deshalb setzt sich die SP für den gesetzlichen Schutz von Mensch und Umwelt gegen verantwortungsloses Wirtschaften und für eine verstärkte Sorgfaltspflichtprüfung ein. Daneben fordern wir aber auch eine Stärkung der

demokratischen Legitimation der Politik von Grossunternehmen auf Ebene der einzelnen Gesellschaften. Mit dem Modell der Unternehmensverfassung werden die unterschiedlichen Stakeholder einer Unternehmung (Kapitalbesitzende, Mitarbeitende, Staat) an Unternehmensentscheiden sowie am Gewinn beteiligt. Konkret soll neben der Eigentümerversammlung eine gleichberechtigte Belegschaftsversammlung eingesetzt werden, die gemeinsam über die Politik der Unternehmung entscheiden und den Verwaltungsrat wählen. Daneben sollen 50 Prozent des Unternehmensgewinns jenen zugute kommen, die diesen Gewinn erwirtschaftet haben: den Mitarbeitenden. Die Mitarbeitenden entscheiden in ihrer Gesamtheit über die Verwendung dieses Kapitals. Neben dem Gewinn würden damit verstärkt gesellschaftliche und ökologische Interessen im Fokus stehen.

***Begründung:** Bereits in den 70er Jahren schlug der Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning ein Modell der Unternehmensverfassung mit paritätischer Vertretung der Belegschaft gegenüber den EigentümerInnen vor. Dieser Vorschlag wurde damals bis in die christlichen Gewerkschaften aufgenommen und diskutiert. Diese Diskussion muss wieder aufgenommen und die heutige Alleinbestimmungsmacht des Kapitals gebrochen werden.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Das Modell der „Unternehmensverfassung“ ist heute kaum bekannt und nicht anschlussfähig. Es würde einen radikalen Bruch mit den heute dominierenden Vorstellungen und Unternehmensmodellen bedeuten. Die GL verfolgt das Ziel, über das Thema Mitbestimmung schrittweise für mehr Demokratie und damit für eine wirklich nachhaltige Wirtschaft zu sorgen. Dieser anspruchsvolle Prozess hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Leute mitgenommen und nicht überrumpelt werden.

2. **Gewinnbeteiligungsmodelle:** Mitarbeitende sollen nicht individuell, sondern als Kollektiv am finanziellen Erfolg ihrer Unternehmen teilhaben. Ihnen soll die Möglichkeit offen stehen, sich gemeinsam (z.B. über einen Fonds, der aus erwirtschafteten Gewinnanteilen gespeist wird) an ihrem Unternehmen zu beteiligen, Verantwortung zu übernehmen und demokratisch mitzuentcheiden. Solche kollektiven Lösungen können (müssen aber nicht) auf einen schrittweisen Übergang zu demokratischen Unternehmen im Mehrheitsbesitz der Mitarbeitenden abzielen.
3. **KonsumentInnenmacht stärken:** Durch ihre Kauf- resp. Nicht-Kaufentscheidungen können KonsumentInnen zum Durchbruch einer zukunftsfähigen Wirtschaft beitragen. Die SP setzt sich ein für umfassende und verbindliche Transparenz- und Rechenschaftsvorschriften und eine aktive Mitwirkung des Staates bei der globalen Standardisierung von Labels. Private wie öffentliche Zertifizierungsbemühungen auf allen Ebenen sind zu unterstützen – und bei Bedarf auch zu koordinieren. Darüber hinaus gilt es Modelle zu entwickeln und zu stärken, die den Einfluss von KonsumentInnen (als wesentliche Stakeholder) auf unternehmerische Entscheidungen vergrössern. Die bewährten Formen der Konsumgenossenschaften (Coop, Migros, Landi, Volg) können als Vorbild dienen und mit dem Ziel einer Demokratisierung neu belebt werden.

A-14; Anna Graff, Beda Baumgartner, Hanna Bay, Kévin Buthey, Gian Luca Bonanomi, Dario Engeloeh, Tamara Funiciello, Lewin Lempert, Samira Marti, Dario Schai, Andrea Scheck, Kristina Schüpbach, Muriel Waeger, Juso: Streichung

Den ersten Satz streichen: „Durch ihre Kauf- resp. Nicht-Kaufentscheidungen können KonsumentInnen zum Durchbruch einer zukunftsfähigen Wirtschaft beitragen.“

Begründung: Die Wurzel der heute herrschenden globalen Klima-, Ernährungs- und Energiekrise liegt bei der herrschenden Produktionsweise in einem Wirtschaftssystem, das sich ausschliesslich an der Profitmaximierung orientiert. Als Sozialdemokrat_innen lehnen wir es ab, diese Krisen als konsumverursacht abzutun. Deshalb stehen wir zu Gunsten der Emanzipierung der Konsument_innen für Transparenzstandards und Labels ein, denn sie brauchen die nötigen Informationen, um ihre Kaufentscheidungen zu treffen. Es ist jedoch eine Illusion und steht diametral gegen die sozialdemokratische Analyse zu behaupten, damit könne der Durchbruch zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft erreicht werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Auch als KonsumentInnen tragen wir eine gewisse Verantwortung. Die Seite der Produktion (inkl. Werbung etc.) ist zwar dominant, sie determiniert unser Verhalten aber nicht. Gerade im privilegierten globalen Norden, und gerade wenn wir über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen, ergeben sich gewisse Handlungsspielräume beim Konsum. Emanzipierung, Labels, Transparenz tragen dazu bei, dass wir diese Handlungsspielräume nutzen können. Dass Kauf resp. Nicht-Kaufentscheidungen alleine den Durchbruch zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft bringen, ist tatsächlich eine Illusion. Das wird aber auch nirgends behauptet. Es geht einzig um einen Beitrag zu diesem Durchbruch.

A-15; Gaétan Nanchen, PSV, délégué KoKo, section de Lausanne : remplacer une partie du texte original par la proposition suivante.

Texte original : « Les formes éprouvées des coopératives de consommation (Coop, Migros, Landi, Volg) peuvent servir de modèle et l'on peut leur insuffler une nouvelle vie en vue d'une démocratisation. »

Proposition : Remplacer par : « Il convient de promouvoir de nouvelles formes de coopératives de consommation fondées sur un mode de gestion démocratique et détachées de la recherche du profit ».

Motivation : Le texte original se montre étonnement peu critique à l'égard des coopératives qui y sont nommément citées. Sans nier qu'elles aient pu être à l'origine de progrès, elles se sont toutes éloignées de ce que devrait être un modèle de coopérative... Par ailleurs, dans un document de type programmatique, il serait opportun d'éviter de citer nommément des exemples prêtant le flanc à la critique.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

4. **Boden als Gemeingut sichern:** Der Boden ist das Fundament des menschlichen Lebens – und somit auch Grundlage einer zukunftsfähigen Wirtschaft. Als Gemeingut darf der Boden nicht der Profitmaximierungslogik des Kapitals ausgeliefert werden. Die SP macht sich für ein Bodenrecht stark, das der Spekulation ein Ende bereitet und

planungsbedingte Bodenrenten mit einer Steuer abschöpft. Die SP wirkt zudem darauf hin, dass die öffentliche Hand Landreserven an Private nur im Baurecht und unter wirtschaftlich angemessenen Bedingungen abgibt und durch Landkäufe mehr Boden in den demokratischen Wirkungsbereich zurückholt. Antworten auf die Exzesse im Wohnungsmarkt sind die Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, die flächendeckende Einführung der Kostenmiete und insbesondere die Förderung von Wohnbaugenossenschaften.

5. **Vorbildliche Arbeitsbedingungen:** Eine demokratische Wirtschaft der Zukunft ermöglicht den Mitarbeitenden gute und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodelle, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, eine gute Balance zwischen Arbeit und Freizeit ermöglichen und sozialpartnerschaftlich ausgehandelt wurden. Sowohl Arbeitsbedingungen wie auch Rekrutierung sollen frei von Diskriminierungen sein. Dazu gehört selbstredend, dass keine ungleichen Löhne für gleichwertige Arbeit gezahlt werden. Die ökonomische Gleichstellung der Geschlechter ist ein wichtiges Anliegen einer zukunftsfähigen Wirtschaft.

A-16; Susanne Leutenegger Oberholzer: Einfügen einer neuen Ziffer.

Das Positionspapier ist mit einem Kapitel zur gleichmässigen Verteilung der Ressourcen und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Geschlechter zu ergänzen. Das gehört sowohl in die allgemeine Analyse als auch in das Kapitel II Handlungsfelder und Massnahmen.

***Begründung:** Die Schweizer Volkswirtschaft zeichnet sich durch eine ausgesprochen ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen auf die Geschlechter aus. Entsprechend ungleich sind die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten von Frau und Mann. Eine geschlechtersegmentierte Wirtschaft ist nicht demokratisch organisiert. Mögliche Instrumente sind Zielnormen für eine gleichmässige Vertretung von Frauen und Männern auf allen Entscheidungsstufen der Wirtschaft – in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Sektor und in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremien. Zentral ist eine gleichmässige Verteilung von Einkommen und Vermögen auf die Geschlechter.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Das Anliegen des Antrags wird geteilt. Wir schlagen folgende Neuformulierung von Punkt 5 vor:

Geschlechtergerechte Wirtschaftsdemokratie: Eine zukunftsfähige, demokratische Wirtschaft bedingt die ökonomische Gleichstellung der Geschlechter. Gerade der Ausbau von Mitbestimmungsrechten ist ein effektives Instrument, um der nach wie vor bestehenden Geschlechtersegmentierung und den damit verbundenen ungleichen Machtverhältnissen in der Wirtschaft entgegenzuwirken. Eine zusätzliche Möglichkeit sind Zielnormen für eine gleichmässige Vertretung von Frauen und Männern auf allen Entscheidungsstufen der Wirtschaft – in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Sektor und in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremien. Eine demokratische Wirtschaft der Zukunft garantiert den Mitarbeitenden zudem gute und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodelle, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine gute Balance zwischen Arbeit und Freizeit ermöglichen und sozialpartnerschaftlich ausgehandelt wurden.

Sowohl Arbeitsbedingungen wie auch Rekrutierung sollen frei von Diskriminierungen sein. Dazu gehört selbstredend, dass keine ungleichen Löhne für gleichwertige Arbeit gezahlt werden.

A-17; Gaétan Nanchen, PSV, délégué KoKo, section de Lausanne : *remplacer une partie du texte original par la proposition suivante.*

Texte original : « Une économie démocratique de l'avenir garantit aux collaboratrices et collaborateurs de bonnes conditions de travail, alignées sur leurs besoins, des modèles d'horaires de travail permettant de concilier travail et vie de famille et de trouver un bon équilibre entre travail et loisirs. Le tout fait l'objet de négociations entre partenaires sociaux. »

Proposition : compléter comme suit : « [Le tout fait l'objet de négociations entre partenaires sociaux.] L'État intervient autant que nécessaire pour garantir les conditions de travail, que ce soit par l'imposition de normes salariales minimales, de mesures de protection contre les licenciements et cas échéant de réintégration, ou d'autres normes régulant les relations de travail. [Tant les conditions de travail...] »

Motivation : Si l'on décide d'introduire un nouveau paragraphe sur les conditions de travail exemplaires, on ne peut faire l'impasse sur le rôle de l'État (introduction d'un salaire minimal, imposition de CTT avec normes contraignantes si nécessaire, protection contre les licenciements, etc.).

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Begründung: Die Ergänzung wird am Ende von Punkt 5 angefügt.

6. **Arbeitszeitverkürzungen:** Die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben in und mit der Gesellschaft werden nicht nur durch soziale Sicherungssysteme, fair vergütete Erwerbsarbeit und Mitbestimmung im Unternehmen erhöht. Heute kommt der freien Verfügbarkeit über die eigene Lebenszeit eine wachsende Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund der rasanten Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte ist eine gerechtere Verteilung der Arbeit angezeigt. Arbeitszeitverkürzungen bei gleichbleibendem Lohn sind ein geeignetes Mittel dazu.

A-18; Zoppi Carlo (Lugano), Ghisletta Andrea (Mendrisio), Roncelli Evaristo (Bellinzona) : *Ergänzung mit zusätzlichen Satz am Schluss*

Ergänzung: „Deshalb sind das bedingungslose Grundeinkommen und die Allgemeine Erwerbsversicherung Optionen für die langfristige Erweiterung des heutigen Sozialsystems. Die SP setzt sich für die Implementierung dieser Massnahmen in der Schweiz ein“.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die Allgemeine Erwerbsversicherung wird bereits in Punkt 18 (Care-Sektor) aufgenommen.

Bezüglich des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) hat die SP bereits im Abstimmungskampf im Juni dieses Jahres immer wieder gesagt, dass diese Idee sehr wichtige Fragen aufwirft. Wir haben aber auch gesagt, dass uns die Antwort eines BGEs nicht überzeugt. Dies nicht nur, weil angesichts der aktuellen

rechtsbürgerlichen Mehrheit im Parlament die sehr reale Gefahr besteht, dass das BGE genutzt würde, um den Sozialstaat weiter abzubauen.

Vor allem ist für die Sozialdemokratie auch der sinn- und identitätsstiftende Wert der Arbeit von grosser Bedeutung. Wir wollen unseren Einsatz auf Verbesserungen in der Arbeitswelt fokussieren (bessere Arbeitsbedingungen, sinnhafte Arbeit, gerechte Verteilung von Arbeit etc.), damit diese zukunftsfähig, z.B. in Bezug auf die Digitalisierung, und menschenwürdig funktioniert. Um dies zu erreichen, braucht es mehr Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft.

7. **Vorbildrolle der öffentlichen Hand:** Verwaltungen auf Ebene von Bund, Kantonen und Gemeinden sollen die Voraussetzungen für die Umsetzung neuer Ansätze schaffen und verbessern, sogenannte staatsnahe Betriebe sollen zu VorreiterInnen werden. Statt kommunale Werke, Spitäler oder Hochschulen Schritt für Schritt in die „Privatwirtschaft zu entlassen“ und ebenso teuren wie unsinnigen neoliberalen Hierarchien und Bürokratien zu unterwerfen, sollen demokratische Strukturen gestärkt und die Mitarbeitenden (aber auch KonsumentInnen, PatientInnen oder Lernende) zu Mitbestimmenden gemacht werden. Auf diese Weise wird die Qualität ihrer Arbeit und damit die Qualität öffentlicher Dienste erhöht – und das erst noch kostensparend.
8. **Service public verteidigen und ausweiten:** Der im internationalen Vergleich nach wie vor starke Service Public ist ein Glücksfall für die Schweiz, doch er ist bedroht. Die Güter und Dienstleistungen des Service publics stehen allen Menschen unserer Gesellschaft zur Verfügung im Wissen, dass ein grosser Teil von ihnen sich mit eigenen Mitteln diese Angebote nicht leisten könnte. Service public heisst deshalb «Für alle statt für wenige» und bedeutet im Kern gemeinwohlorientierte Wirtschaft. Neben den Verwaltungen sind heute auch grosse und wichtige Bereiche der Wirtschaft über öffentliche Unternehmungen staatlich kontrolliert und gesteuert. Es handelt sich dabei um eine politisch definierte Grundversorgung an Infrastrukturgütern und -dienstleistungen, die zu verteidigen eine selbstverständliche und andauernde Aufgabe der Sozialdemokratie ist. Diese Grundversorgung ist eine zentrale Voraussetzung für eine breite Durchsetzung der Menschen- und Sozialrechte und damit der Demokratisierung der Wirtschaft. Gegen internationale Freihandelsabkommen, die einen solchen Service public in Frage stellen, leistet die SP Widerstand. Mit Blick in die Zukunft ist eines der Ziele der SP, dass Unternehmen wie SBB, Post und Swisscom ihre spezifische Rolle als Service-public-Unternehmen wieder stärker in den Vordergrund stellen. Auch das Verhältnis dieser Unternehmen zum demokratischen Staat, die Frage der staatlichen Einflussmöglichkeiten im Interesse des Gemeinwohls, ist in diesem Kontext offen zu debattieren. Zudem scheint das Grundprinzip des Service public auch prädestiniert dafür zu sein, auf weitere Bereiche ausgeweitet zu werden. Der immer wichtiger werdende Care-Sektor (siehe Punkt 18), aber auch für das tägliche Funktionieren der Gesellschaft unerlässliche Finanzdienste oder Teile des Pharmabereichs sind entsprechende Beispiele.⁶

6 Der Thinktank *Denknetz* hat solche Modellvorschläge erarbeitet, siehe http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Finanzdienste_als_Service_public_Juni_2010.pdf und http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Denknetz_Investitionsagenda_BEat_Ringger.pdf

A-19 ; Graziano Pestoni del PS TICINO : *sostituire con il seguente:*

I servizi pubblici nel nostro Paese, come pure negli altri, dalla fine degli Anni Novanta, hanno subito forti cambiamenti dovuti alla politica neo-liberale tendente a liberalizzare e a privatizzare tutto quanto è potenzialmente redditizio. Sono peggiorati i servizi e sono peggiorate le condizioni di lavoro. L'utente/cittadino, portatore di diritti, è stato sostituito dal cliente, che può ottenere un servizio (anche essenziale) soltanto se è in grado di pagarlo.

Il congresso del PSS di Thun, ribadisce la validità di quanto deciso nel Congresso PSS del 31 ottobre 2010. Inoltre vigila affinché venga salvaguardata la natura pubblica della SSR. Il PS opera pure affinché la medicina residenziale sia totalmente garantita dall'ente pubblico e sottratta alle logiche di mercato.

Il PS combatte ogni accordo internazionale che possa contrastare con questi principi e sostiene anche a livello locale (cantonale e comunale) le azioni tendenti a salvaguardare o a ripristinare il servizio pubblico. Per la realizzazione dei suoi obiettivi metterà inoltre in atto azioni adeguate e sistematiche.

Motivazione: *Il congresso di Losanna del 31 ottobre 2010 ha risolto: "Il PS ritiene che solo un servizio pubblico controllato democraticamente – non solo dal punto di vista strategico ma anche operativo – può garantire prestazioni adeguate alla popolazione. In quest'ottica il PS chiede che le Swisscom siano ri-nazionalizzate e che Posta e Ferrovie siano sottoposte di nuovo al controllo diretto della Confederazione".*

Nel frattempo la situazione del servizio pubblico ha continuato a degradarsi: la Posta sta privilegiando gli aspetti finanziari a discapito del servizio pubblico, come lo dimostrano le riduzioni dei posti di lavoro già effettuati e quelli previsti; le ferrovie stanno per liberalizzare il settore passeggeri; gruppi finanziari importanti stanno accaparrandosi settori importanti della sanità; la SSR è minacciata dall'iniziativa NO Billag; gli accordi internazionali (TISA, TTIP, CETA,...), da parte loro minacciano la democrazia e il servizio pubblico in modo inaccettabile. Per queste ragioni il PSS deve assumere posizioni chiare e opporsi con forza a queste minacce.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die wesentlichen Forderungen des Antrages kommen in der von der GL vorgeschlagenen Version vor. Diese wird zudem von der Form her als passender erachtet.

A-20 ; Mathieu Béguelin, section de Neuchâtel ville : *remplacer une partie du texte original par la proposition suivante.*

Texte original: *"Les entreprises de service public doivent de ce fait être comprises comme des acteurs important de l'économie durable - et être organisés comme il se doit dans l'interaction constructive entre politique et management"*

Proposition : *"Les télécommunications, la poste et les chemins de fer doivent être à nouveau soumis au contrôle direct de la Confédération. En plus des pouvoirs publics, les employé-e-s et les consommatrices et consommateurs doivent être associé-e-s aux décisions concrètes."*

Motivation: *à l'heure où les annonces de diminutions drastiques du personnel et des services aux usagers se succèdent, la démocratisation de l'économie passe*

inévitablement par une reprise claire du contrôle des services publics par les pouvoirs publics, conformément à ce que nous avons inscrit dans notre programme en 2010 lors du Congrès de Lausanne.

La "logique d'entreprise" qui règne, avec des salaires de dirigeants prenant l'ascenseur quand ceux du personnel stagnent et les prestations diminuent, nuit à la pérennité des services publics et contrevient à l'intérêt général. Nous ne pouvons donc la cautionner. Affaiblir les services publics, c'est aussi affaiblir la cohésion sociale et, par ricochet, la démocratie.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die von der GL vorgeschlagene Formulierung wird, gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzungen, in denen es vor allem darum geht, eine weitere Schwächung und Kommerzialisierung des Service public abzuwehren, als zielführender erachtet. Die Formulierung „*Auch das Verhältnis dieser Unternehmen zum demokratischen Staat, die Frage der staatlichen Einflussmöglichkeiten im Interesse des Gemeinwohls, ist in diesem Kontext offen zu debattieren*“ lässt gleichzeitig auch weiterführende Handlungsspielräume für die Zukunft offen.

9. **Verantwortungsvolle Pensionskassen:** Über ihre Pensionskassenvermögen sind die Lohnabhängigen die grössten Kapitaleigner in diesem Land. Mit ihrer einseitig an Kapitalrendite orientierten Anlagepolitik verraten die meisten Pensionskassen aber die eigentlichen Interessen ihrer Kapitaleigner. Als Grossaktionäre können und müssen die Pensionskassen auf die strategischen Entscheidungen von Unternehmen Einfluss nehmen, zum Beispiel im Kampf gegen Spekulation, gegen Grossfusionen und Monopole oder gegen überzogene Management-Gehälter. Gesetzliche Verpflichtungen sollen darüber hinaus sicherstellen, dass Pensionskassengelder nur in demokratisch, ökologisch und solidarisch wirtschaftende Unternehmen oder Fonds (siehe Punkt 17) investiert werden. Das bedeutet, dass Unternehmen, welche Umweltstandards verletzen, Menschenrechte missachten, Kriegsmaterial herstellen oder fossile Energien fördern von Investitionen auszuschliessen sind. Pensionskassen sind als paritätisch organisierte Stiftungen zu führen, welche unter einer nachhaltigen Kapitalanlage dem Vorsorgegedanken für die Versicherten verpflichtet sind. Um das Machtpotenzial der ArbeiterInnen besser nutzen zu können, braucht es die gezielte Ausbildung und kollektive (gewerkschaftliche) Einbindung von StiftungsrätInnen.

A-21; Susanne Leutenegger Oberholzer: Rückweisung zur Überarbeitung einer Forderung

Dieses Kapitel ist zur Überarbeitung zurückzuweisen. Es ist die rechtliche Ausgangslage der paritätisch verwalteten Organisationen der zweiten Säule korrekt dazustellen. Zu ergänzen sind auch die neuen Verfassungsbestimmungen zur Transparenz gemäss Minderinitiative. Hinzuweisen sind auch die neuen Gruppierungen der kritischen Aktionäre wie Ethos, Actares etc. Etwas mehr Selbstkritik am bisher Erreichten und am ungenügenden Einfluss der Arbeitnehmervertretungen wäre auch am Platz

Begründung: Richtig wird festgestellt, dass die rund 900 Mrd. Fr. Vermögen in der zweiten Säule grosse Einflussmöglichkeiten geben könnten. Könnten, weil die Mitsprachemöglichkeiten der Lohnabhängigen zu wenig genutzt werden. Nötig ist

insbesondere eine bessere Ausbildung und eine gezielte gemeinsame Strategieentwicklung der Lohnabhängigen und ihren Organisationen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Im Antrag werden wichtige Aspekte betont, die allerdings teilweise auch schon integriert sind und die aus Sicht der GL zudem keine Rückweisung erforderlich machen. Folgende Anpassungen werden vorgeschlagen:

Der zweite Satz „Mit ihrer einseitig an Kapitalrendite orientierten Anlagepolitik ...“ soll ersetzt werden durch: „Die paritätischen Mitbestimmungsmöglichkeiten werden heute aber zu wenig genutzt.“

Im Satz „Pensionskassen sind als paritätisch organisierte Stiftungen ...“ soll „oder Genossenschaften“ ergänzt werden.

Der letzte Satz soll ersetzt werden durch: „Um das Machtpotenzial der ArbeiterInnen besser nutzen zu können, braucht es eine bessere Ausbildung und eine gezielte gemeinsame Strategieentwicklung der Lohnabhängigen und ihren Organisationen.“

A-22; Priska Seiler Graf, Corrado Pardini, Jean Christophe Schwaab: Ergänzung mit einem Wort

Neu: „...missachten, verbotenes Kriegsmaterial herstellen, ...“

Begründung: Der Begriff „verbotenes Kriegsmaterial“ ist völkerrechtlich definiert. Es geht um Atomwaffen, B- und C-Waffen, Anti-Personenminen und Streumunition. „Kriegsmaterial“ geht viel zu weit, weil dieser Begriff Waffen einschliesst, die etwa von der Polizei genutzt werden. Pensionskassen müssen selbstverständlich eine verantwortliche Anlagepolitik betreiben. Hauptauftrag bleibt aber, ohne grossen Verwaltungsaufwand gute Altersrenten zu finanzieren. Das wird in Frage gestellt, falls die Anlagepolitik gesetzlich verpflichtend allzu stark eingeschränkt wird.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Ablehnung: Das Argument, Hauptaufgabe der Pensionskassen sei es „ohne grossen Verwaltungsaufwand“ gute Altersrenten zu finanzieren, erscheint in diesem Zusammenhang etwas zynisch und – insbesondere auch aus einer internationalistischen Perspektive – unsolidarisch. Investitionen in Kleinwaffen mögen sich finanziell auszahlen. Gleichzeitig sind gerade Kleinwaffen – die sehr oft nicht in die Hände von verantwortungsbewussten PolizistInnen geraten, sondern in jene von Warlords in Bürgerkriegen oder von gewalttätigen Gangmitgliedern – die weltweit tödlichsten Waffen. Unseren Pensionskassen solche Investitionen zu untersagen, scheint uns angebracht.

10. **Eine am Gemeinwohl orientierte Nationalbank:** Die Schweizerische Nationalbank setzt laut ihrem Auftrag „grundlegende Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft“ im „Gesamtinteresse des Landes“. Die entsprechenden Entscheide werden heute auf höchst intransparente Weise von einem dreiköpfigen Direktorium ohne Rechenschaftspflicht gefällt. Das ist weder sinnvoll noch zeitgemäss. Währungspolitik ist Wirtschaftspolitik und damit demokratisch verhandelbar. Die SP setzt sich für eine Ausweitung des Direktoriums unter expliziter Berücksichtigung von

VertreterInnen der ArbeiterInnen in der Schweiz ein. Zudem braucht es mehr Transparenz: Die SP macht sich für eine regelmässige Rechenschaftspflicht der Nationalbank gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit stark. Schliesslich muss der gesetzliche Auftrag an die Nationalbank erweitert und ergänzt werden. Die enge und dogmatische, auf die Wahrung der Preisstabilität fixierte Interpretation ihres Auftrags führt zu einseitigen und falschen Entscheiden: Auch ein hoher Beschäftigungsgrad, eine nachhaltige Anlagepolitik und stabile, international abgestimmte Wechselkurse gehören ins Pflichtenheft einer gemeinwohlorientierten Nationalbank.

A-23; Samira Marti, Beda Baumgartner, Hanna Bay, Kévin Buthey, Gian Luca Bonanomi, Dario Engeloeh, Tamara Funicello, Anna Graff, Lewin Lempert, Dario Schai, Andrea Scheck, Kristina Schüpbach, Muriel Waeger, Juso: Ergänzung des Kapitels 2 „Handlungsfelder und Massnahmen: Mehr Demokratie – Mitbestimmung und Beteiligung ausbauen“ um eine Forderung

Für eine am Gemeinwohl orientierte Geldpolitik: Es braucht ein Verbot von Währungsspekulation. Dass ungestraft auf den Kurs von Währungen gezockt und damit der Mehrheit der Menschen unglaublichen Schaden hinzugefügt werden kann, muss aufhören. Eine Steuer auf Devisentransaktionen zur Stabilisierung der Wechselkurse muss eingeführt werden, denn die Volatilität der Finanzmärkte nützt der Spekulation und schadet den Lohnabhängigen und der Realwirtschaft.

Begründung: Die Forderung nach einer demokratischen Geldpolitik, die sich aus dem neoliberalen Dogma befreit, ist sehr wichtig und wird von den Antragsstellenden unterstützt. Der Antrag ergänzt und vervollständigt den Abschnitt des Papiers mit den nötigen Forderungen rund um die Anlagepolitik der SNB, Wechselkurspolitik und damit zusammenhängend das Problem der Währungsspekulation.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die Themen Währungsspekulation und Devisen- oder Finanztransaktionssteuer sind zwingend international koordiniert anzugehen. In ihrem steuerpolitischen Grundsatzpapier von 2014 fordert die SP, dass die Schweiz gemeinsam mit ihren europäischen Nachbarstaaten eine Finanztransaktionssteuer auf alle Aktien, Obligationen und Derivatetransaktionen einführt. Auf europäischer Ebene ist dieser Prozess nach einem längeren Stillstand im Oktober wieder in Gang gekommen, der Ausgang ist allerdings offen. Eine angemessene Behandlung der Thematik soll im Rahmen des geplanten Updates des umfassenden Wirtschaftskonzepts der SP geschehen.

- 11. Regionale Vertragslandwirtschaft fördern:** Das beste Mittel, um regionale, saisongerechte und unter fairen Arbeitsbedingungen produzierte Lebensmittel sicher zu stellen, sind Genossenschaften oder Vereine, die ProduzentInnen und KonsumentInnen zusammenbringen und eine bedarfsgerechte demokratische

Planung ermöglichen.⁷ Auf diese Weise gelingt es, Bedürfnisse der Konsumentinnen mit den Anforderungen einer nachhaltigen Landwirtschaft zu verbinden.

12. **Regionale Energieversorgung:** Einer nachhaltigen Energieversorgung stehen nicht zuletzt die Profitinteressen der grossen Energiekonzerne im Weg. Gemeinden und Regionen sollen sich das Ziel einer dezentral organisierten, im besten Falle selbstversorgenden Energieversorgung setzen und ihre eigenen Energiequellen nutzen. Solar-, Wind-, Wasser- und Biomassekraftwerke bieten dazu viele Möglichkeiten. Damit wird unsere Abhängigkeit von fossilen Energiequellen reduziert, während demokratische Verfahren und die regionale Wirtschaft gestärkt werden.

Zukunftsfähige Wirtschaftsweisen fördern

13. **Förderartikel in der Bundesverfassung:** Ein Förderartikel in der Bundesverfassung soll den Stellenwert der demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft in der gesamten Schweiz erhöhen und ihre gezielte Stärkung ermöglichen. Die Förderung braucht entsprechende finanzielle Mittel (siehe Punkte 9, 16, 17) und ist an Kriterien festzumachen, die grundsätzlich unabhängig von der Rechtsform eines Unternehmens sind.⁸
14. **Unternehmensrechtsformen:** Rechtsformen, die auf den Prinzipien einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft beruhen, sollen gestärkt werden. Die Form der Produktionsgenossenschaft, die Unternehmen zu einem eigenen Subjektstatus verhilft, kann als Vorbild dienen – und ihr soll zu neuer Attraktivität verholfen werden. International gibt es aber auch weitere Ansätze (z.B. Benefit Corporation⁹).

A-24; Susanne Leutenegger Oberholzer: Rückweisung zur Überarbeitung einer Forderung.

Das Kapitel zur den Unternehmensrechtsreformen ist unausgegoren und unverständlich. Es ist an die Geschäftsleitung zur Überarbeitung zurückzuweisen.

Begründung: Es ist unklar, was das Ziel sein soll. Die Schaffung neuer Rechtsformen, oder was? Unklar ist insbesondere der Satz, wonach Unternehmen zu einem eigenen Subjektstatus verholfen werden soll. Was heisst das? Die Genossenschaft ist im Übrigen auf den Eigennutz der GenossenschaftlerInnen ausgerichtet und orientiert sich damit nicht zwingend am Gemeinwohl. Hier liegt vielleicht ein fundamentales (romantisierendes Bild) Missverständnis im SP Papier vor.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

⁷ Schweizweit gibt es bereits entsprechende Initiativen; siehe u.a. den Verband regionale Vertragslandwirtschaft RVL (<http://www.regionalevertragslandwirtschaft.ch/verband/>).

⁸ Siehe bspw. die Kriterien der Sozialen und Solidarischen Ökonomie in Genf (http://public.apres-ge.ch/sites/test.intranetgestion.com/files/Kriterien_fur_die_Aufnahme_in_die_Genfer_Kammer_1.pdf) oder der Gemeinwohl-Ökonomie (<https://www.ecogood.org/de/gemeinwohl-bilanz/gemeinwohl-matrix/>).

⁹ Benefit Corporation ist eine ursprünglich aus den USA stammende Unternehmensform, die eine bessere Vereinbarung von Gemeinwohl und privatwirtschaftlichem Nutzen erlauben soll. Seit Ende 2015 ist sie auch in Italien rechtlich anerkannt (siehe: <http://bcorporation.eu/>).

Begründung: Mit Punkt 14 soll der Aspekt der Unternehmensrechtform ins Bewusstsein gerufen werden. Eine spezifische Unternehmensrechtform wie bspw. die Genossenschaft ist in der Tat kein Garant für eine demokratische und solidarische Wirtschaftsweise. Dennoch wirken genossenschaftliche Strukturen in die von uns angestrebte Richtung. Diese Überzeugung teilt die Sozialdemokratie seit jeher. Für andere, neuere Rechtsformen, wie bspw. die erwähnte Benefit Corporation, gilt dasselbe. Im Rahmen des Aktionsplanes (siehe Kapitel 3) sollen das Thema resp. unsere Forderungen noch konkretisiert werden.

Der Teilsatz zum Subjektstatus wird gestrichen: ~~die Unternehmen zu einem eigenen Subjektstatus verhilft,~~

15. **Verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln gegenüber Gesellschaft und Umwelt:** Im Einklang mit internationalen Standards und unter deren aktiver Mitgestaltung sollen mit rechtsverbindlichen oder weiteren geeigneten Massnahmen unternehmerische Sorgfaltspflichten sowie Bestimmungen zur Rechenschaftsablage in finanziellen und nichtfinanziellen Angelegenheiten etabliert, gefördert und durchgesetzt werden.¹⁰
16. **Kantonalbanken zu Akteuren einer zukunftsfähigen Wirtschaft machen:** Die Kantonalbanken befinden sich – grösstenteils – im öffentlichen Eigentum. Das ist eine riesige Chance! Kantonalbanken kommt eine besondere gesellschaftliche Verantwortung zu. Es gehört zu ihrem Auftrag, eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaft zu fördern. Die Einflussmöglichkeiten der Politik auf die strategische Ausrichtung der Kantonalbanken müssen stärker in diesem Sinne genutzt werden. Bei der Unterstützung von lokal und regional verankerten KMUs und beim sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft sollen Kantonalbanken eine zentrale Rolle spielen.

A-25; Max Schmid, SP60+ : Ergänzung am Ende

Postfinance ist auch im öffentlichen Eigentum: Wie die Kantonalbanken soll sie ihre besondere gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Dazu sollten aber alle Einschränkungen ihrer Tätigkeit aufgehoben werden.

***Begründung:** Postfinance soll den Kantonalbanken gleichgestellt werden. Sie darf nicht durch einschränkende Auflagen benachteiligt werden: Aufgrund des Kredit- und Hypothekenvergabeverbotes ist Postfinance zu überproportionalen Auslandsanlagen gezwungen und finanziert so besonders ausländische Unternehmen. Dies erhöht das volkswirtschaftliche Risiko. Die heutige Vergabe der Hypotheken erfolgt in Kooperation mit der Münchner Hypothekenbank. Dies bedeutet, dass ein grosser Teil der Marge in diesem Geschäft in Deutschland anfällt. Das ist aus volkswirtschaftlicher Sicht sehr schädlich. Zu lange Durchlaufzeiten für Bewilligungen von Finanzierungen verhindern die Vergabe von Neuhypotheken erheblich. Weil Postfinance im Kredit- Hypothekengeschäft nachhaltig behindert wird, ist sie vermehrt zu überproportionalen Einlagen bei der Nationalbank gezwungen und bezahlt dafür Negativzinsen. Dies führt zu einer*

¹⁰ Siehe in diesem Zusammenhang die Konzernverantwortungsinitiative: <http://konzern-initiative.ch/>

ungünstigen Kostenstruktur und verschlechtert damit die Wettbewerbsfähigkeit von Postfinance.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die PostFinance soll nicht bloss als Anhängsel der Kantonalbanken behandelt werden, die auch von ihrer Entstehungsgeschichte und ihren Leistungsaufträgen her nicht mit der PostFinance gleichgesetzt werden können. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit PostFinance soll im Rahmen des umfassenden SP-Wirtschaftskonzepts geschehen.

17. **Zukunftsfonds:** Neben fortschrittlichen Banken, die bereits heute Teil der Lösung sind, soll ein Zukunftsfonds helfen, den Übergang hin zu einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft zu finanzieren. Zum Einsatz kommen soll der Fonds u.a. bei einem geplanten Verkauf resp. einer Schliessung von KMUs. In solchen Fällen brauchen die Mitarbeitenden ein Vorinformations- und Vorkaufsrecht. Wenn sie eine wirtschaftlich nachhaltige Lösung zur Weiterführung des Unternehmens (z.B. als Genossenschaft) finden, es ihnen aber am nötigen Kapital für die Übernahme fehlt, dann sollen sie sich beim Zukunftsfonds um eine Übergangsfinanzierung (5-10 Jahre) bewerben können.¹¹ Über die Verwendung der Gelder soll eine zivilgesellschaftlich breit abgestützte und demokratisch aufgebaute Förderinstitution befinden. Ein solcher Zukunftsfonds erlaubt es, die primär auf Profitmaximierung ausgerichteten Förderkriterien von konventionellen Banken und anderen Finanzmarktakteuren zu umgehen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten zur Äufnung eines entsprechenden Fonds. Mit einer gezielten Kapitalgewinn- oder Bonussteuer, die zur Finanzierung eines solchen Fonds eingesetzt würde, käme es zu einer gesellschaftlich erwünschten Rückverteilung von der profitmaximierenden und nicht nachhaltigen, zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft.

A-26; Ruedi Brassel, Jonas Eggmann, Felix Eichenlaub, Ronja Jansen, Nils Jocher, Adil Koller: Ergänzung mit einem zusätzlichen Satz

Neben fortschrittlichen Banken, ... Zukunftsfonds um eine Übergangsfinanzierung (5-10 Jahre) bewerben können. Der Fonds soll ebenfalls dazu dienen, Unternehmen, die sich zu einem demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaften verpflichten, bei ihrer Gründung mit Kapital auszustatten. Über die Verwendung der Gelder

Begründung: *Nicht nur Unternehmen, die vor dem Verkauf oder einer Schliessung stehen, sollen mit Geldern aus dem Zukunftsfonds ausgestattet werden, sondern auch Unternehmen im Gründungsprozess, die sich zu einer sozial-solidarischen Wirtschaftsweise verpflichten.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

¹¹ Eine ähnliche Regelung findet sich im französischen Gesetz zur Sozialen und Solidarischen Ökonomie. Die Arbeitnehmenden in Frankreich haben die Möglichkeit, einen Betrieb in der Rechtsform einer Société coopérative et participative (SCOP) weiterzuführen, auch wenn ihnen das für eine Übernahme nötige Kapital fehlt. Die Belegschaft hat dann sieben Jahre Zeit, um eine Kapitalmehrheit zu erreichen.

A-27; Arnaud Thiéry, délégué PS Lausanne : biffer une phrase

Texte original : « Avec un impôt sur les gains en capital ou un impôt sur les bonus ciblé qui serait utilisé pour le financement d'un tel fonds, on pourrait avoir une redistribution socialement voulue à partir de l'économie de maximisation des profits et non durable vers une économie durable »

Proposition : Biffer cette phrase.

Motivation : Ce passage est problématique pour deux raisons. D'une part, un impôt sur les bonus fait plutôt partie de ces taxes que l'on introduit pour limiter au maximum des transactions socialement nuisibles. S'il fonctionne correctement, cet impôt est appelé à se tarir... D'autre part, si l'on peut dans certains cas concevoir l'idée de promouvoir des « fonds » avec des ressources affectées à des buts spécifiques, mentionner la source de financement pour le « fonds d'avenir » semble malheureux. La fiscalité générale peut l'alimenter.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Im von der GL vorgeschlagenen Text heisst es, dass es verschiedene Möglichkeiten zur Äufnung eines solchen Fonds gäbe. Kapitalgewinn- oder Bonussteuer sind zwei Optionen. Eine Finanzierung aus dem allgemeinen Steueraufkommen wäre grundsätzlich auch eine Möglichkeit, gerade in der heutigen Situation würde das aber die ohnehin bestehenden Verteilungskämpfe weiter befeuern.

Der Zukunftsfonds ist zudem ein Instrument, einer demokratischen und solidarischen Wirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen, ähnlich der Idee eines Start-up-Fonds. Auch Unternehmen, die sich einer demokratischen und solidarischen Wirtschaftsweise verschreiben, wollen und sollen – wenn immer möglich – wirtschaftlich selbsttragend sein. Es geht nicht darum, auf alle Ewigkeit von staatlicher Unterstützung „abhängige“ Unternehmen zu schaffen. Das Bild der Rückverteilung ist hier sehr passend. Eine Bonussteuer kann problemlos solange zur Stärkung einer nachhaltigen Wirtschaft eingesetzt werden bis diese Quelle versiegt. Ihr Zweck ist dann erfüllt.

18. **Mehr nicht-profitorientierte Investitionen und mehr Demokratie für den Care-Sektor:** Während viele Industrie- oder Büroarbeiten als Folge technologischer Fortschritte immer schneller und mit weniger menschlicher Arbeitskraft erledigt werden können, erfordert die Care-Arbeit insgesamt mehr Zeit. Die Zahl der Pflegebedürftigen und teilweise auch die Pflegedauer nehmen als Folge medizinischer Fortschritte und der Alterung der Bevölkerung laufend zu. Heute stehen immer mehr Menschen vor der Herausforderung, die eigene Erwerbsarbeit mit der Betreuung und Pflege von Angehörigen unter einen Hut zu bringen. Profitgesteuerte Rationalisierungsmaßnahmen in der professionellen Pflege bringen keine sinnvollen Verbesserungen. Sie wirken sich im Gegenteil negativ auf die Pflegebedürftigen und die Pflegenden aus. Die SP setzt sich deshalb für eine Ausweitung öffentlicher resp. nicht-profitorientierter Investitionen in den Care-Sektor sowie dessen Demokratisierung – z.B. über Care-Räte, in denen sowohl Care-GeberInnen als auch Care-NehmerInnen vertreten sind – ein.¹² Wir wollen ein Gesundheits- und Sozialwesen, das im Sinne

12 Siehe: Winker, Gabriela (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld.

eines demokratischen Service public funktioniert. Für die öffentliche medizinische Versorgung bedeutet das zum Beispiel, dass sie auch im lokalen und regionalen Raum angeboten wird. Die für die Investitionen benötigten Mittel sind wie andere öffentlichen Dienste vom Staat zu finanzieren. Die persönliche Betreuung und Pflege von Familienmitgliedern muss erleichtert werden, indem zeitlich begrenzte Arbeitszeitreduktionen staatlich finanziert werden und so Erwerbsarbeit und Einkommen zumindest partiell entkoppelt werden. Die von der SPS geforderte Allgemeine Erwerbsversicherung wäre eine mögliche Lösung dafür.

19. **Vielfalt fördern und Freiräume sichern:** Der Staat soll die diversen zivilgesellschaftlichen Projekte, die die Möglichkeiten nachhaltiger Wirtschaftsweisen ausloten, aufnehmen und mittels spezifischer, an die jeweiligen Bedürfnisse angepasster Lösungen versuchen, zu deren längerfristigem Erfolg beizutragen. Der Gemeinde-, Regional- und Kantonalpolitik kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft braucht ein entsprechendes „Ökosystem“, um sich entwickeln zu können. Die Behörden resp. die Politik sind gefordert, produktiv mit gewissen Unwägbarkeiten umzugehen und sich, wenn nötig, dem Drang nach Kontrolle und (Über-)Regulierung zu widersetzen.
20. **Digitale Commons gegen Regime von Informationsmonopolen:** Im Kontext der Digitalisierung hat sich der Zugang zu kulturellen Werken und Wissensgütern radikal verändert. So viele Menschen wie nie zuvor haben die Möglichkeit, zur intellektuellen Wertschöpfung beizutragen. In den letzten Jahrzehnten sind deshalb verschiedene Bewegungen entstanden (Free-Software, Free-Culture und Access-to-Knowledge), in welchen innerhalb von freiwilligen Gemeinschaften digitale Commons (Informationsressourcen) gemeinsam verwaltet werden. Diese Ressourcen werden gemeinschaftliches statt privates oder öffentliches Eigentum und stellen damit ein anderes Modell gesellschaftlicher Produktion dar. Durch ihre Ethik und Praktiken beinhalten die digitalen Commons sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich einen Paradigmenwechsel. Sie haben deshalb auf allen politischen Ebenen einen schweren Stand, sich gegen kommerzielle Interessen durchzusetzen. Für die SP gilt es daher, die Umriss einer neuen Informationsordnung zu schaffen und die nötigen Rahmenbedingungen zu setzen.

A-28; Arnaud Thiéry, délégué PS Lausanne : Chap. II, nouveau chiffre

Proposition : Un ordre économique mondial social, écologique et démocratique Après les accords de libre-échange multilatéraux négociés dans les années 1980/1990 et la création de l'OMC, l'offensive néolibérale privilégie une nouvelle approche passant par la négociation d'accords commerciaux bilatéraux (traités CETA, TTIP/TAFTA, TPP) ou limités à un cercle restreint de pays (ACS/TISA). La Suisse est loin d'être en reste, ayant par exemple été une pionnière dans la signature d'un accord de libre-échange avec la Chine ou participant activement aux négociations ACS/TISA. Or, le PS est convaincu qu'une économie démocratique nécessite une refonte en profondeur de l'ordre économique mondial, et s'opposera fermement à la conclusion d'accords de libre-échange qui pourraient remettre en cause le service public (notamment par des clauses dites de « listes négatives » ou de « cliquet »), la souveraineté alimentaire et de manière générale le droit démocratique d'édicter des règles sociales, sanitaires ou environnementales. Il s'oppose également à l'introduction de mécanismes privés de règlement des différends entre investisseurs et États, véritable privatisation de la justice au service d'intérêts privés opposés au pouvoir régulateur des États.

Motivation : Cette thématique manque dans le papier actuel. L'actualité récente a permis de mesurer une partie des enjeux liés aux accords commerciaux internationaux. La problématique restera à l'ordre du jour ces prochaines années et un parti qui ambitionne de démocratiser l'économie devrait se positionner sur le sujet.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Das Anliegen des Antragsstellers wird geteilt. Die SP hat ihre ablehnende Haltung gegenüber Freihandelsverträgen wie TiSA oder TTIP z.B. mit der deutlichen Annahme einer Resolution an der Delegiertenversammlung vom 25. April 2015 geäußert. Wie aber sowohl im Vorwort des Präsidenten als auch im ersten Kapitel deutlich gemacht wird, liegt der Fokus dieses Papiers auf der Schweiz, auf den Handlungsspielräumen hierzulande. Auch in der Einführung des Präsidenten für die finale Fassung nach dem Parteitag wird dies nochmals betont werden.

Das vorliegende Papier ist nicht als umfassendes Wirtschaftsprogramm der SP Schweiz gedacht, vielmehr sollen bisher vernachlässigte Aspekte, die es zukünftig verstärkt zu bearbeiten gilt, thematisiert werden. Ein eigener Punkt zu internationalen Freihandelsverträgen wird vor diesem Hintergrund abgelehnt. Die Thematik wird allerdings bereits in Punkt 8 (Service public) sowie, wenn der Empfehlung der GL Folge gegeben wird, in der Einleitung (siehe A-2) aufgenommen. Schliesslich werden wir uns mit den Herausforderungen eines gerechten und nachhaltigen internationalen Handels im Rahmen der Überarbeitung des SP-Wirtschaftskonzepts vertieft auseinandersetzen.

Bewusstsein und Anerkennung für eine zukunftsfähige Wirtschaft schaffen

21. **Nationale Handelskammer einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft:** Nach Vorbild der Chambre de l'économie sociale et solidaire in Genf (Après-GE) und ähnlichen Institutionen im Ausland soll eine nationale Organisation die schweizweite und internationale Vernetzung sicherstellen und als Anlaufstelle für praxisrelevante Fragen dienen. Mittels Leuchtturmprojekten kann sie zudem das öffentliche Bewusstsein für die Möglichkeiten einer zukunftsfähigen Wirtschaft stärken.
22. **Nationale Statistiken:** Der Bundesrat soll die Realität(en) und den Nutzen der demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft endlich anerkennen und in den offiziellen Statistiken ausweisen.
23. **Grundlagenforschung:** Die Möglichkeiten und Herausforderungen einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft sollen gezielt erforscht und entwickelt werden, etwa durch das Instrument der Nationalen Forschungsprogramme (NFP).

A-29; Adil Koller, Ronja Jansen, Nils Jocher, Jonas Eggmann, Ruedi Brassel: Einfügen einer neuen Ziffer

Nachhaltigkeit sichtbar machen: Um das Bewusstsein zu sensibilisieren und die Konsumgewohnheiten zu ändern, soll ein Nachhaltigkeits-Label geschaffen werden, das alle Dimensionen der Nachhaltigkeit (ökologischer Umgang mit

Rohstoffen und ökologische Produktionsbedingungen, faire Produktion, fairer Handel u.a.m.) berücksichtigt.

Begründung: Wenn wir eine demokratischere, ökologischere und solidarischere Wirtschaft verlangen, müssen wir auch dafür sorgen, dass die aus dieser hervorgehenden Produkte und Betriebe in ihrer Qualität auch sichtbar werden. Die Schaffung eines alle Kriterien einbeziehenden Nachhaltigkeits-Labels kann dies bewerkstelligen. Wenn es – analog zur Energie-Etikette – gelingt, ein einheitliches Label zu etablieren, kann auch die durch die Vielzahl anderer Labels bewirkte Intransparenz in diesem Bereich beseitigt werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

24. **Ein realistisches Wirtschaftsbild vermitteln:** Von der Volks- bis zur Hochschule, ebenso wie in den allermeisten Massenmedien, bekommen wir grösstenteils ein sehr beschränktes Bild von Wirtschaft vermittelt: Gute Wirtschaft spiegle sich in steigenden Aktienkurse wider, heisst es etwa. Oder: Vom Eigennutz getriebene Menschen würden über den Markt auf wundersame Weise kollektiven Wohlstand schaffen. Dieses Bild von Wirtschaft dient primär den Interessen von Grossunternehmen und reichen Kapitaleignern und wird überdies den vielfältigen Realitäten des Wirtschaftens nicht gerecht. Lernziele und -inhalte sind deshalb zu überprüfen und anzupassen. Eine demokratische Gesellschaft ist auf Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die die wirtschaftlichen Realitäten verstehen, und ihren Beitrag an eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft leisten können. Entsprechende Bestrebungen im Rahmen des Lehrplans 21 unterstützt die SP ebenso wie Weiterbildungsangebote zum Management sozialer und solidarischer Unternehmen an verschiedenen Wirtschaftshochschulen in der Romandie.

A-30; Julian Fitze, Nina Schläfli, SP Thurgau: komplette Streichung Punkt 24

Begründung: In vielen Kantonen müssen oder mussten wir uns zurzeit gegen die Verpolitisierung von Schule und Lehrplan wehren. Die SP Schweiz sollte da nicht mit einstimmen und selbst politisches Agendasetting in der Schule betreiben. Die Volksschule vermittelt über ihren Lehrplan allgemeingültiges und anerkanntes Wissen. Einen gesellschaftlichen Wandel kann die Schule nur nachvollziehen, nicht aber Wegbereiter dafür sein. Ein gutes Beispiel dafür ist die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE), welche im neuen Lehrplan einen hohen Stellenwert bekommen hat. Unsere Kritik am rein profitorientierten Wirtschaftens muss also erst in der breiten Gesellschaft wieder ein grosses Thema sein, dann wird die Schule von sich aus nachziehen.

A-31; Stefan Müller, namens der SP Bern Altstadt-Kirchenfeld: ersatzloses Streichen

Begründung: Eine Verpolitisierung von Bildungsinhalten ist prinzipiell problematisch, erst recht in einem Land mit strukturell bürgerlichen Mehrheiten. Lehrpläne sollten fachlich-pädagogische Überlegungen abbilden und sind sinnvolles Thema eines wirtschaftspolitischen Papiers.

Empfehlung der GL zu A-30 und A-31: Ablehnung.

Begründung: Das heute in Schulbüchern vermittelte Wirtschaftswissen basiert grösstenteils auf neoklassischen Theorien, die eben „Theorien“ sind – und zwar in wichtigen Bereichen erst noch stark umstrittene (also nicht anerkanntes Wissen). Davon erfahren SchülerInnen, und vielfach auch Studierende, aber kaum etwas. Ihnen werden wirtschaftliche Zusammenhänge als quasi-natürliche Verhältnisse resp. als einfach zu akzeptierende Realität verkauft. Diese kulturelle Hegemonie, die das neoklassische (und neoliberale!) Denken zum „gesunden Menschenverstand“ werden lässt, ist eines der wesentlichen Probleme für die Linke. Dadurch werden Alternativen zum Status quo verhindert.

Eine Politisierung der Frage, was Wirtschaft überhaupt ist, wie sie funktioniert und welchen Zielen sie folgt, ist eine wichtige Voraussetzung für eine alternative Wirtschaftspolitik. Kommt hinzu, dass das Unbehagen gegenüber dem rein profitorientierten Wirtschaften durchaus sehr breit geteilt wird. Die Menschen merken am eigenen Leib, dass etwas falsch läuft. Was oftmals fehlt, ist aber das Wissen, sind die Fähigkeiten, dieses Unbehagen zu benennen und die richtigen Adressaten für Kritik und Veränderungen zu finden. Hier ist nicht zuletzt Bildung, von der Volksschule bis zur SeniorInnenuniversität, gefragt.

A-32; Andreas Berz, SP Bern-Nord: Ergänzung

„... Dieses Bild von Wirtschaft dient primär den Interessen von Grossunternehmen und reichen Kapitaleignern und wird überdies den vielfältigen Realitäten des Wirtschaftens nicht gerecht. Entgegen der vorherrschenden Wettbewerbsideologie hängt wirtschaftlicher Erfolg / erfolgreiches Wirtschaften entscheidend von der fruchtbaren Kooperation der wirtschaftlich Tätigen ab, sei es unter den Mitarbeitenden der Betriebe, sei es im Verhältnis zu Zuliefer- und Partnerbetrieben, KundInnen, dem Staat und anderen Beteiligten. Lernziele und -inhalte sind deshalb zu überprüfen und anzupassen...“

Begründung: Ausser in den Verbindungen „Ideenwettbewerb“ und „Standortwettbewerb“ kommt der Begriff „Wettbewerb“ im vorliegenden Papier nicht vor – und auch sein Korrektiv, die „Kooperation“, nicht. Weil jedoch das Lob auf „den Wettbewerb“ den wissenschaftlichen und den politisch-alltäglichen Diskurs über das Wirtschaften fast uneingeschränkt beherrscht, sollten wir ihm auch in diesem Positionspapier etwas entgegensetzen. „Konkurrenz belebt das Geschäft“ – das ist eine Binsenwahrheit, und sie ist nur die halbe Wahrheit: Erstens ist „das Geschäft“ nicht das ganze Leben, und zweitens beruht erfolgreiches Geschäft auf gesellschaftlichen Grundlagen wie Infrastrukturen, Rechtssicherheit, Vertrauen usw., die nicht „marktfähig“ sind, sondern auf Zusammenarbeit beruhen. Das anzuerkennen gehört zu einem realistischen Wirtschaftsbild.

Empfehlung der GL: Annahme.

Der Horizont der Sozialdemokratie reichte immer über den Kapitalismus hinaus. Allein die Mega-Themen Ungleichheit, Klimawandel und Migration machen deutlich, dass diese Perspektive nach wie vor – und vielleicht mehr denn je – zwingend nötig ist. Wenn wir heute eine gesellschaftliche Transformation in eine freiere und gerechtere Zukunft anvisieren, dann besteht unsere beste Chance darin, die klassisch-sozialdemokratische (Zähmungs-)Politik mit den „realen Utopien“ einer demokratischen,

ökologischen und solidarischen Ökonomie zu verbinden.¹³ Daraus ergibt sich für uns die Chance, mit neuem Elan als verantwortungsbewusste, zugleich visionäre und konkret gestaltende Kraft in Erscheinung zu treten.

13 Siehe u.a.: Wright, Erik Olin (2010): Envisioning Real Utopias. London/New York.

III. Aktionsplan zum weiteren Vorgehen

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist in den kommenden Jahren ein politisch-inhaltlicher Schwerpunkt der SP Schweiz. Dabei wird die diesem Positionspapier zugrunde liegende Perspektive auf Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Parteikommunikation konsequent auf- resp. eingenommen.

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz entwirft in Zusammenarbeit mit der AG Wirtschaftsdemokratie einen Aktionsplan zur Umsetzung des Positionspapiers. Dieser Aktionsplan zeigt auf,

- wie das Thema Wirtschaftsdemokratie über interne Bildung an die Basis gebracht und gemeinsam mit den Mitgliedern weiterentwickelt werden kann,
- welche konkreten Kampagnen und Initiativen mit bewegungsorientiertem und mobilisierendem Charakter möglich bzw. vorgesehen sind,
- welche politischen Vorstösse auf allen Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinden) eingereicht werden können und wie dies in koordinierter Weise sichergestellt werden soll,
- wo und wie mit Partnerorganisationen (insbesondere auch den Gewerkschaften) zusammengearbeitet werden soll,
- auf welche Weise sich die SP Schweiz dafür einsetzt, dass die Anliegen des Positionspapiers von offiziellen ParteivertreterInnen und Parteimitgliedern in der Bundesverwaltung auch im Rahmen internationaler Beziehungen (z.B. SP Europa, Progressive Alliance oder Foundation for Progressive European Studies, aber auch hinsichtlich internationaler Verhandlungen – bspw. Handelsverträge) eingebracht werden.

Der Aktionsplan wird einer Delegiertenversammlung im Jahr 2017 unterbreitet. Weil die Demokratisierung der Wirtschaft eine langfristige, auf dem Parteiprogramm basierende, Transformationsstrategie darstellt, zieht die SP Schweiz an jedem zukünftigen Parteitag Bilanz über den Fortschritt dieses Prozesses.